

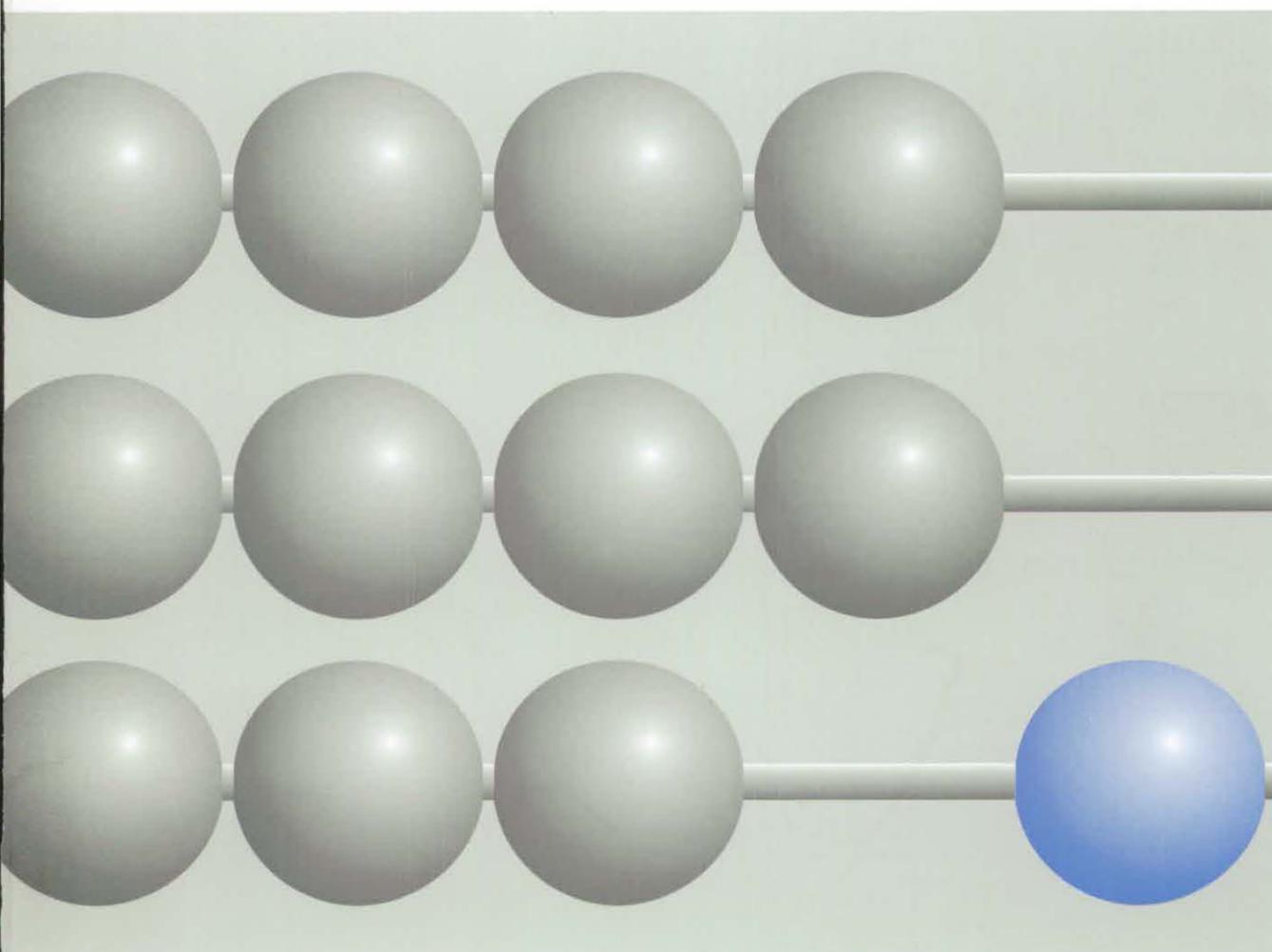
43. Jahrgang, Heft 1
Januar 1991

Mikrozensusgesetz
Beschäftigte
Wohnungsmieten
Getreide und Ölfrüchte

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15-17
Postfach 1141
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Zu diesem Heft

Unser Monatsheft hat ein neues Layout. Das bisherige Erscheinungsbild entsprach nach über 30 Jahren nicht mehr Geschmack und Anspruch unserer Zeit. Zudem waren neue Gestaltungsrichtlinien der Landesregierung zu berücksichtigen.

Das Titelblatt zeigt nunmehr einen stark stilisierten Abakus — ein Rechengerät also, das seit alters her verwendet wurde und heute das Wesen der Statistik symbolisiert, nämlich ordnen, zählen, rechnen und systematisch darstellen. Jeden Monat wird eine Kugel weiterwandern und damit anzeigen, wie weit wir im Jahr fortgeschritten sind.

In anderer Form wurde der Abakus im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Volkszählung 1987 als Erkennungszeichen eingeführt. Seither verwendet das Statistische Bundesamt dieses Symbol umfassend als Markenzeichen der amtlichen Statistik. Es bot sich daher an, diese Idee bei der Entwicklung eines Logo für unsere Veröffentlichungen aufzugreifen und in einer Form zu verwenden, die dem Stil des neuen Erkennungszeichens für Schleswig-Holstein — der stilisierten blau-weiß-roten-Fahne — angepaßt ist.

Gleichwohl fiel uns diese Änderung nicht leicht, weil in der Präsentation von statistischen Ergebnissen die Kontinuität eine besondere Tugend ist. Vielen Menschen ist die Welt der Zahlen nicht so vertraut, Statistik erscheint ihnen spröde und unzugänglich. Die amtliche Statistik hat sich deshalb stets bemüht, die äußere Form der Ver-

öffentlichungen und deren Inhalte — seien es Tabellen, Grafiken oder Texte — wiedererkennbar zu halten für den Benutzer, damit er sich besser zurechtfindet. In unseren Statistischen Monatsheften haben wir darüber hinaus stets versucht, Ergebnisse nicht nur zu dokumentieren, sondern auch zu analysieren, mit methodischen Hintergründen zu versehen und grafisch zu präsentieren. Dem Benutzer von Statistik in Parlamenten, Verwaltungen, Schulen, Hochschulen, Kammern, Verbänden, Unternehmen, Redaktionen und jedem interessierten Bürger soll dies eine Hilfestellung sein. Daran soll sich nichts ändern.

Wir erfüllen damit auch den Auftrag des Bundesstatistikgesetzes, Daten über Massenerscheinungen nicht nur zu erheben, zu sammeln und aufzubereiten, sondern auch sie darzustellen und zu analysieren. Die dafür im Gesetz genannten Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit stehen einem dem „Zeitgeist“ wohl eher entsprechenden, anreizeren Erscheinungsbild manchmal im Wege, aber das aus gutem Grund. Statistik nach diesen drei Grundsätzen, aber trotzdem lesenswert anzubieten, bleibt der Anspruch dieser Zeitschrift.

Die Änderung der Gestalt des Heftes geht einher mit einer etwas anderen Rubrizierung, die eigens dann so bezeichneten Raum läßt für Neues aus der amtlichen Statistik, für Veröffentlichungshinweise und für Buchbesprechungen, ohne daß diese Rubriken monatlich auch besetzt sein müssen.

Dr. Dieter Mohr
Direktor des Statistischen Landesamts

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 1

Januar 1991

INHALT

Kurz gefaßt

4

Aufsätze

Mikrozensus '91 - Licht und Schatten!

5

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
von 1974 bis 1989

7

Wohnungsmieten im Mai 1987

18

Grafik

Getreide und Ölfrüchte

14

Entwicklung im Bild

27

Aus unserem Archiv

28

Titelblatt der ersten Ausgabe

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Januar 1949

Beilage

Zahlenbeilage

Inhaltsverzeichnis 1990

Beschäftigung 1989 gestiegen

Am 31. 12. 1989 waren in Schleswig-Holstein 754 000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 17 400 Arbeitnehmer oder 2,4 % mehr als Ende 1988. Die Zahl der beschäftigten Frauen nahm im Vergleich zum Vorjahr etwas weniger stark zu (+ 2,1 %) als die Zahl der männlichen Beschäftigten (+ 2,5 %). Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer erhöhte sich um 7,3 %, wobei die Türken nach wie vor die größte Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer bilden.

Gewerbliche Betriebe neu bewertet

Als Bemessungsgrundlage u. a. für die Gewerbesteuer dient der sog. Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens. Er wird alle drei Jahre vom Finanzamt festgesetzt, zuletzt für den Jahresanfang 1986. Aus den dabei anfallenden Daten ist — unter Wahrung der statistischen und steuerlichen Geheimhaltung — eine Statistik zu fertigen. Im Zeitreihenvergleich sind Änderungen des Steuerrechts zu beachten, im Vergleich 1986 mit 1983 insbesondere der 1984 neu eingeführte Ansatz des inländischen Betriebsvermögens, wonach bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ein Freibetrag von 125 000 DM gilt und für die darüber hinaus gehenden Beträge 75 % zugrunde gelegt werden.

Die für 1986 rund 21 500 bewerteten gewerblichen Betriebe kamen auf ein Rohbetriebsvermögen von 117 Mrd. DM. Nach Gegenrechnung von Schulden und Abzügen von 100 Mrd. DM blieb ein Einheitswert von 17 Mrd. DM. Zum Jahresanfang 1983 waren 23 700 Betriebe mit einem Rohbetriebsvermögen von 65 Mrd. DM und einem Einheitswert von 12 Mrd. DM bewertet worden.

Die meisten der für 1986 bewerteten Betriebe, nämlich etwa 20 000 (ohne Kreditinstitute, Versicherungen, Beteiligungsgesellschaften), waren eigenständige gewerbliche Unternehmen, von ihnen stehen auch Bilanzdaten zur Verfügung: Sie kamen auf eine Bilanzsumme (Rohbetriebsvermögen) von zusammen 38 Mrd. DM. Auf der Aktivseite standen Umlauf- und Anlagevermögen im Verhältnis 58 : 42, auf der Passivseite Fremd- zu Eigenkapital im Verhältnis 64 zu 36.

Rekordernte bei Zuckerrüben

Im Herbst 1990 wurden in Schleswig-Holstein nahezu eine Million Tonnen Zuckerrüben geerntet. Das sind 29 % mehr als im Jahr zuvor und sogar ein Drittel mehr als im Jahresdurchschnitt der letzten sechs Jahre. Dieser Rekord geht nicht nur auf die Ausweitung der Anbaufläche um 22 % auf rd. 19 000 Hektar zurück, sondern auch auf den hohen durchschnittlichen Hektarertrag, der mit 50 Tonnen gegenüber 1989 um 6 % höher liegt und der sich gegenüber dem Jahresmittel 1984 bis 1989 von 1990 sogar um 16 % heraushebt.

Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1989: 3. Förderungsweg angelaufen

Nach vorläufigen Berechnungen wurden im Jahre 1989 in Schleswig-Holstein im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus knapp 1 700 Wohnungen mit öffentlichen Haushaltsmitteln gefördert, das sind 18 % weniger als ein Jahr zuvor.

Im 1. Förderungsweg, dem traditionellen „öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau“, wurden für rd. 1 150 Wohnungen Fördermittel bereitgestellt, im 2. Förderungsweg für rd. 200 Wohnungen und im 1989 neu eingeführten 3. Förderungsweg, zur Schaffung von Wohnraum für Aussiedler, für rd. 350 Wohnungen.

60 % der geförderten Wohnungen befinden sich in Ein- und Zweifamilienhäusern, 40 % in Mehrfamilienhäusern, wobei die Hälfte der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit Mitteln des 3. Förderungsweges gefördert wird.

Mikrozensus '91 — Licht und Schatten!

Mit der Zustimmung zum Mikrozensusgesetz hat der Bundesrat buchstäblich in letzter Minute zum Ende der abgelaufenen Legislaturperiode des Bundestages einem Vorhaben den Weg geebnet, durch das auch in Zukunft die wichtigsten Grunddaten über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung gewonnen werden sollen. Dieses ist gerade jetzt besonders dringlich, weil damit erstmals vergleichbare Aussagen auf diesen wichtigen Gebieten für die alten und neuen Bundesländer gewonnen werden können.

Das alte Gesetz über diese 1 %-Stichprobenerhebung war bis 1990 befristet gewesen. Eine solche Befristung entsprach bisherigem Brauch, um Inhalt und Methodik neueren Erkenntnissen anpassen zu können. Nach Volkszählungsurteil und neuem Bundesstatistikgesetz war es das Bestreben aller gewesen, durch eine Reform an Haupt und Gliedern ein zukunftsweisendes neues Mikrozensuskonzept zu entwickeln, das Einklang zwischen den berechtigten Informationsbedürfnissen der Konsumenten und einer zumutbaren Belastung für die befragten Bürger zur obersten Richtschnur gesetzt hatte. Allein die Einigung darauf war schwierig. Es zeigte sich erneut, daß man den Pelz nicht waschen kann, ohne ihn naß zu machen. Und so wurde vorerst nichts aus diesem „großen Wurf“. Was blieb, war ein Verlängerungsgesetz, welches im wesentlichen den alten Zustand fortschreibt, allerdings mit einigen gravierenden Abstrichen zugunsten vermeindlicher Bürgerfreundlichkeit.

Da Auskunftspflicht und Bußgeld wohl nicht ins liberale Bild passen, wird es zu folgenden Komplexen zukünftig in das Belieben der Befragten gestellt, ob sie antworten wollen:

- Aufenthaltsdauer von Ausländern, Angehörige von Ausländern im Heimatland,
- allgemeiner und beruflicher Bildungsabschluß,
- Art und Dauer von Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen,
- amtlich anerkannte Behinderteneigenschaft und amtlich festgestellter Grad der Behinderung,
- Pendlerbewegung nach Entfernung, Zeit und benutztem Verkehrsmittel,
- zusätzliche private Krankenversicherung,
- Bestand einer betrieblichen Altersvorsorge oder einer Lebensversicherung.

Und wer es nicht so genau nimmt mit der Beantwortung der vorgesehenen Fragen, hat zukünftig kein Bußgeld mehr zu befürchten.

Unter Verweis auf eine in weiter Ferne liegende eigenständige Wohnungsstichprobe wurde auf Fragen zur Wohnsituation im Rahmen des Mikrozensus verzichtet — angesichts der aktuellen Probleme des Wohnungsmarktes im jüngstvereinten Deutschland eine nur schwer nachvollziehbare Entscheidung.

Auch zu den Reisegewohnheiten der Bevölkerung wird zukünftig aus dem Mikrozensus nichts mehr zu erfahren sein: der Komplex wurde gestrichen. Aus methodischer Sicht ist dieses in gewisser Weise sogar konsequent. Bisher wurden die Fragen nur an 0,1 % der Bevölkerung gestellt, und niemand war zur Auskunft verpflichtet. Die Ergebnisse waren entsprechend desolat. Das Statistische Bundesamt hatte den Schluß daraus gezogen, selbst auf Bundesebene keine absoluten Größen mehr zu veröffentlichen, sondern nur relative Zusammenhänge aufzuzeigen und selbst das nur unter Hinweis auf zahlreiche mögliche Verzerrungen. Die Methodik war ganz offensichtlich nicht sachgerecht! Bei dieser Schlußfolgerung bleiben diejenigen auf der Strecke, die die Ergebnisse für ihre Arbeit gebrauchen. Zum Beispiel hat die Denkfabrik des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten eigens eine Arbeitsgruppe für die Entwicklung neuer Ideen zur Stärkung der touristischen Attraktivität des Landes eingesetzt. Ihr wird eine wesentliche Arbeitsgrundlage fehlen, wenn sie keine Statistik darüber hat, woher die Gäste kommen, warum, wie oft und mit welchen Verkehrsmitteln sie reisen, wie lange die Reisen dauern und schließlich welche Art von Unterkunft dabei beansprucht wurde. Da wäre es schon besser gewesen, den Sachverhalt im Programm zu belassen und eine sachgerechte Methode anzuwenden.

Der zentrale Konfliktpunkt ist und bleibt die Auskunftspflicht. Sie wird von den Statistikern nicht zum Selbstzweck gefordert, sondern um die Validität der Statistik zu sichern. Die Forderung beruht auf der Erfahrung, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung dem Staat nur das gibt, was er geben muß, — trotz aller guten Argumente! Und da dieser Teil in seinen Merkmalen nicht den Bereitwilligen gleicht, lassen sich seine Daten in der Regel nicht einschätzen. Nach den Er-

kenntnissen des von der Bundesregierung eingesetzten wissenschaftlichen Beirats für Volkszählung und Mikrozensus werden auf diese Weise gerade diejenigen Bevölkerungsteile in den Ergebnissen unterrepräsentiert, denen Staat und Gesellschaft sich besonders fürsorglich zuwenden müssen.¹ Angesichts der oben genannten Merkmalskomplexe eine fatale Quelle für folgenschwere Fehlentscheidungen.

Die amtliche Statistik befindet sich in einem Dilemma: Einerseits legt der Gesetzgeber die Bundesstatistik in § 1 des Bundesstatistikgesetzes auf die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit fest und verpflichtet sie, die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter

Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken zu gewinnen. Andererseits zwingt er sie im neuen Mikrozensusgesetz für Teile der Datengewinnung zum strikten Gegenteil: nach übereinstimmender Auffassung aller Sachverständigen und der langjährigen Erfahrung der Statistischen Landesämter entspricht der hier normierte Verzicht auf die Auskunftspflicht bei gewichtigen Erhebungskomplexen gerade nicht neuer wissenschaftlicher Erkenntnis und sachgerechter Methodik.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung der Entschließung des Bundesrates folgt, umgehend nach Beginn der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sowohl einen Gesetzentwurf, der eine zuverlässige Erfassung des aktuellen Wohnungsmarktes in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung ermöglicht, als auch einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Mikrozensusgesetzes vorzulegen, der die aus fachlicher Sicht notwendigen Forderungen des Bundesrates berücksichtigt.

Dr. Dieter Mohr

1) Esser, H., H. Grohmann, W. Müller und K.-A. Schäffer, Mikrozensus im Wandel, Bericht des Wissenschaftlichen Beirates für Mikrozensus und Volkszählung, Frankfurt a. M. — Köln — Mannheim 1989

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1974 bis 1989

Mit der voranschreitenden Industrialisierung im Deutschland des letzten Jahrhunderts verlor der Bereich der Landwirtschaft an Gewicht. Die Massenproduktion von Waren wurde durch ausgeprägte Arbeitsteilung ermöglicht. Infolge der Spezialisierung wurden auch gering qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor in diese neuen Produktionsprozesse integriert. Durch den Export von Fertigwaren konnten im Gegenzug billige Lebensmittel eingeführt werden.

Inzwischen werden für die Warenproduktion noch viel weniger Arbeitskräfte benötigt. Die technologische Entwicklung läßt Maschinen Aufgaben übernehmen, die früher von Menschen ausgeführt wurden. Für einen großen Teil der Bevölkerung bildet inzwischen ein anderer Bereich das Beschäftigungsfeld: der Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor). Darunter fallen sowohl die distributiven Dienstleistungen (Handel, Verkehr) als auch die sogenannten gesellschaftsbezogenen wie z. B. Bank-, Freizeit-, Gesundheits-, Bildungswesen, Forschung. Den gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen kann der Markt nur unzureichend gerecht werden. Sie werden daher zum Teil von öffentlichen Einrichtungen angeboten.

Die komplexer werdenden Vernetzungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft stellen immer höhere Anforderungen an den Dienstleistungssektor, der darüber hinaus nur begrenzt durch Maschineneinsatz getragen werden kann. Dem tertiären Sektor wird daher eine in der Zukunft noch wachsende Bedeutung zugeschrieben. Befinden wir uns auf dem Weg von der Industriegesellschaft, gestützt auf den sekundären Sektor (verarbeitendes und Baugewerbe), zur Dienstleistungsgesellschaft? Orientiert an dieser Frage sollen im folgenden Entwicklungen in der Struktur der Beschäftigten betrachtet werden.

Das Meldeverfahren

Grundlage dieses Aufsatzes sind die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Seit dem 1. 1. 1973 existiert das integrierte Meldeverfahren zur Sozialversicherung, mit dessen Hilfe diese Werte ermittelt werden können. Jeder Arbeitgeber ist verpflicht-

tet, demographische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände für alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer anzugeben. Für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte müssen folgende Meldungen abgegeben werden:

- Anmeldung (bei Antritt einer Beschäftigung)
- Abmeldung (bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses)
- Jahresmeldung (für jedes am Jahresende bestehende Beschäftigungsverhältnis)
- Meldung aus sonstigem Anlaß (wie z. B. Unterbrechung der Beschäftigung, Wechsel der Beitragsgruppe oder des zuständigen Krankenversicherungsträgers)

Einheitliche Meldebelege werden vom Arbeitgeber an die zuständigen Träger der Krankenversicherung geschickt. Nach dortiger Überprüfung auf formale und inhaltliche Richtigkeit, gegebenenfalls nach Korrektur, werden die Meldungen an die Datenstelle der Rentenversicherung bzw. an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte weitergeleitet. Hier erfolgt eine erneute Kontrolle. Die für die Arbeitsverwaltung relevanten Daten werden der Bundesanstalt für Arbeit übermittelt. Für jeden Versicherten existiert hier ein sogenanntes Versichertenkonto. Die eingehenden Meldungen werden der jeweiligen Versicherungsnummer zugeordnet und in chronologischer Reihenfolge nach Wirksamkeitsdatum gespeichert. Die statistischen Ämter erhalten schließlich anonymisierte, aggregierte Daten zur weiteren Bearbeitung.

Um eine optimale Nutzung des Datenmaterials zu erreichen, wurde für die Auswertung und Veröffentlichung von Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und der amtlichen Statistik eine Arbeitsteilung vereinbart, die den unterschiedlichen Analyseinteressen gerecht wird. Ziel der Auswertung durch die amtliche Statistik ist neben der Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse für allgemeine Zwecke die weitgehende wirtschaftssystematische, berufliche und regionale Koordinierung mit anderen Erwerbstätigkeitsstatistiken.

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der noch in der Berufsausbildung befindlichen, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zur Rentenversicherung zu entrichten sind. In der Regel fallen alle Arbeiter und Angestellten unter diese Abgrenzung. Nicht enthalten sind Selbständige, unentgeltlich mithelfende Familienangehörige, Beamte und die sogenannten geringfügig Beschäftigten.

Da die Beschäftigtenstatistik nur die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer umfaßt, deckt sie nicht den gesamten Bereich der Erwerbstätigen ab. Darüber hinaus gestaltet sich der Deckungsgrad in den Wirtschaftsabteilungen unterschiedlich. Für Wirtschaftszweige mit einem hohen Anteil an Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten oder geringfügig Beschäftigten wie z. B. Landwirtschaft oder Staat ist die Beschäftigtenstatistik weniger aussagekräftig als für Bereiche, in denen der weitaus überwiegende Teil der Erwerbstätigen der Sozialversicherungspflicht unterliegt.

Die Auswertung des sogenannten Stichtagsmaterials erfolgt vierteljährlich, in sechsmonatigem Abstand zum Berichtsstichtag. Diese Frist stellt einen Kompromiß zwischen den Anforderungen an Aktualität und Vollständigkeit des Datenmaterials dar. Ungefähr 95 % der Meldungen liegen erfahrungsgemäß zu diesem Zeitpunkt vor. Für das Stichtagsmaterial werden alle Versicherungskonten maschinell abgefragt. Die Gesamtheit der Personen, die zum Stichtag der Sozialversicherungspflicht unterliegen, ist Basis für die Bestandswerte. Diese wurden für die folgenden Ausführungen herangezogen.

Außer den Daten, die auch die vierteljährliche Bestandsstatistik bietet, enthält das sogenannte Jahreszeitraummaterial verlaufsbezogene Angaben wie Beginn bzw. Ende der Beschäftigung und beitragspflichtiges Bruttoentgelt. Es wird nicht wie beim Stichtagsmaterial nur die beschäftigte Person, sondern darüberhinaus auch der Beschäftigungsfall betrachtet. Steht eine Person im Verlauf eines Jahres in mehreren, zeitlich aufeinander folgenden oder auch zeitlich parallelen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, ist diese Person auch mehrfach im Material enthalten.

Das Jahreszeitraummaterial kann erst erstellt werden, wenn alle Meldungen eingegangen sind. Daher ergibt sich eine Wartezeit von mindestens zwei Jahren bis zur Auswertung.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen insgesamt

Erste Daten der Beschäftigtenstatistik liegen seit 1974 vor. Doch erst seit 1977 stehen sie in der Vielfalt wie heute zur Verfügung. 1977 begann auch die regelmäßige Veröffentlichung von Vierteljahresergebnissen für Schleswig-Holstein.

Der Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch saisonale Schwankungen. So lag die Beschäftigung im Dezember in allen betrachteten Jahren unter der des Vorquartals. Jeweils am 30. September wurde der Höchststand erreicht. In folgender Betrachtung, in der auf die Saisonfigur nicht weiter eingegangen werden soll, wurde sich für den 30. 6., die Jahresmitte, entschieden, um den Personalstand über die Jahre miteinander zu vergleichen. Auf den 30. 6. wird auch in den Zeitreihen der Bundesstatistik abgestellt.

Seit Bestehen der Beschäftigtenstatistik unterlag die Wirtschaft zwei vollständigen Konjunkturzyklen: den Rezessionen Mitte der siebziger Jahre und von 1980 bis 1983 sowie den Phasen der Erholung von 1977 bis 1980 und ab 1983. Die Phase seit 1973/1974 war von der ersten sog. Ölkrise gekennzeichnet. Sie wirkte trotz zwischenzeitlichem Aufschwung noch bis 1980 nach. Die neuerlichen Ölpreisanhebungen von 1979 machten sich für das Wirtschaftsgeschehen ebenfalls deutlich bemerkbar. Starke Kostensteigerungen gab es auch durch Lohn- und Gehaltsaufbesserungen. Aus diesen Entwicklungen resultierte die schwache Binnenkonjunktur nach 1980. Um den Kostenanstieg aufzufangen, reduzierten viele Betriebe ihren Personalstand, was auch in der folgenden Darstellung deutlich wird, und sparten Energie. Höhere Auslands- und binnenwirtschaftliche Investitionsnachfrage leiteten 1983 wieder eine konjunkturelle Aufschwungphase ein. Trotz knapper werdender Kapazitätsreserven hielt das Wirtschaftswachstum bis 1989 an und kräftigte sich 1990 sogar noch. Die Kapazitätsgrenze wurde durch rege Investitionstätigkeit nach oben verlagert. Anders als in anderen Hochkonjunkturphasen waren die Lohnerhöhungen nur mäßig, sie fielen als Kostensteigerungen nicht so sehr ins Gewicht.¹

Auch in Schleswig-Holstein lassen sich diese Entwicklungen beobachten. Nach einem Absinken der Beschäftigtenzahl im Jahre 1975 stiegen die Werte bis 1980. In diesem Zeitraum sind jährliche Zuwächse bis

1) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1981, 1984, 1989

zu annähernd 3 % zu verzeichnen. Der Beschäftigtenstand Mitte 1980 konnte jedoch nicht gehalten werden. Drei Jahre rückläufiger Beschäftigung folgten. Seit 1984 sind wieder Steigerungen zu beobachten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag 1989 bei 754 000 und damit über dem Höchststand der vorherigen Aufschwungphase von 1980 mit 733 000 Beschäftigten.

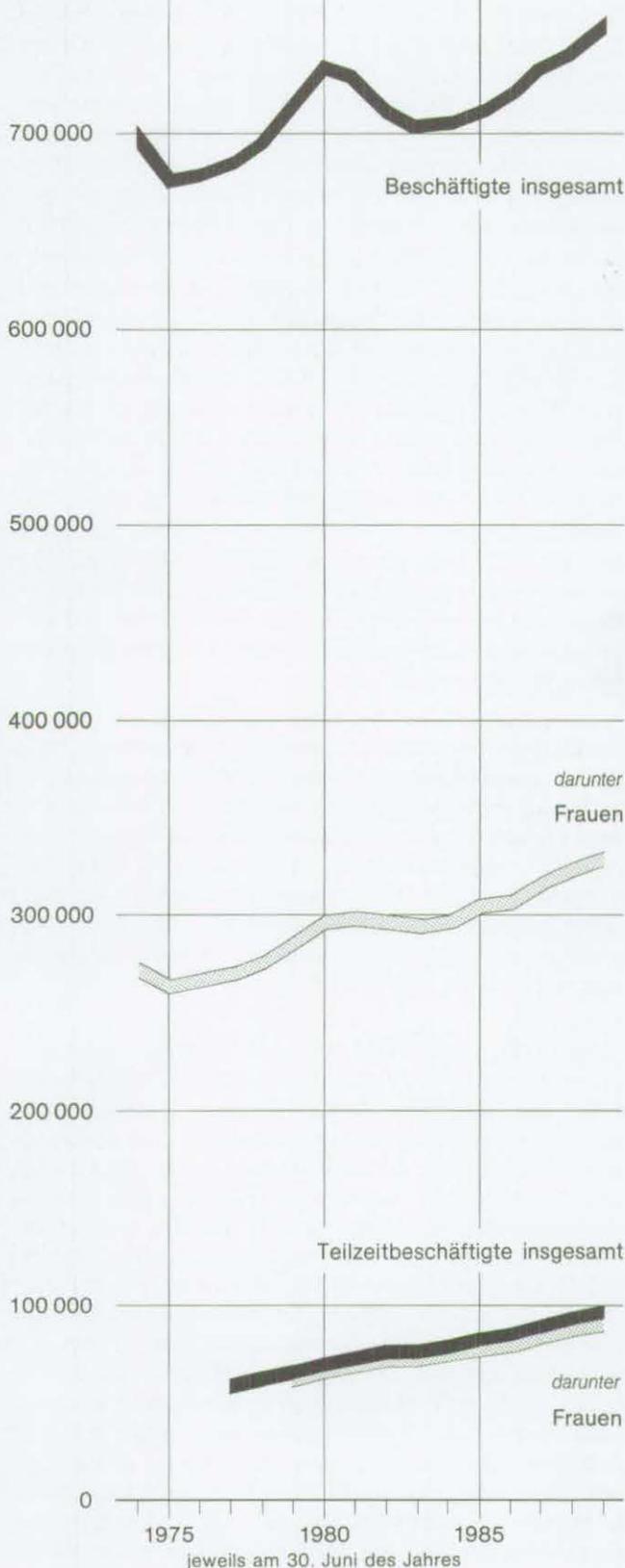
Von 1974 bis 1989 nahm die Beschäftigung um 8,2 % zu. Bundesweit waren es nur 3,9 %. Das Potential an Erwerbstätigen hat jedoch ebenfalls zugenommen: Geburtenstarke Jahrgänge und zunehmend auch nicht-erwerbstätige Frauen drängten auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitsplatznachfrage konnte nicht vollständig befriedigt werden.

Ein weiterer Faktor ist hier von Bedeutung. Außergewöhnlich hohe Steigerungsraten im Bereich der Teilzeitarbeit bestätigen, daß das Beschäftigungsvolumen sich nicht in dem Maße vergrößert hat, wie die Beschäftigtenzahlen vermuten lassen. 1977 hatte der Anteil der Teilzeitarbeit noch bei 8,6 % gelegen. Inzwischen ist er auf 12,8 % gestiegen. Unabhängig von konjunkturellen Zyklen sank der Anteil der Vollzeitbeschäftigung kontinuierlich, während sich der der Teilzeitarbeit ausweitete. Will man die Schwankungen der Beschäftigung erkennen, die konjunktureller Art sind, sollte man sich an die Zahl der vollzeitig Arbeitenden halten. Der Stand von 1980 war mit 663 000 Vollzeitbeschäftigten der höchste seit 1977. Trotz steigender Werte seit 1985 konnte dieser Höchststand bis 1989 nicht erreicht werden. 1989 gab es 658 000 Vollzeitbeschäftigte.

Die vielen neuen Teilzeitarbeitsplätze werden fast nur von Frauen besetzt. Vor allem deswegen hat sich der Anteil der weiblichen an allen Beschäftigten seit Beginn der Statistik stets ausgedehnt. Lediglich in den Jahren 1982 und 1983 ergaben sich geringe Rückgänge. Gemessen an der Veränderung der Beschäftigtenzahlen war die Entwicklung für die Frauen meistens günstiger als für die Männer. Steigerungsraten von bis zu 4 % pro Jahr konnten bei den Männern nicht erreicht werden. Die Frauenquote beträgt inzwischen 43,7 % (330 000 weibliche Beschäftigte). 1974 lag der Anteil noch bei 38,9 %. Diese Zahlen lassen jedoch nicht den Schluß zu, männliche und weibliche Beschäftigung wären annähernd ausgeglichen. 90 300 oder 27,4 % der Frauen sind 1989 teilzeitbeschäftigt. Von den Männern sind es lediglich 1,5 %. Damit wird 93,3 % der Teilzeitarbeit von Frauen ausgeführt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
1974 bis 1989

D 5931 Stat. LA S-H



Strukturveränderungen in der Wirtschaft

Im folgenden soll nun die Entwicklung der Beschäftigung in den drei Wirtschaftssektoren betrachtet werden. Am 30. 6. 1989 arbeiteten im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Energie und Wasser, Bergbau) 4,0 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Es sollte an dieser Stelle nicht vergessen werden, daß der Deckungsgrad der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft durch die Beschäftigtenstatistik relativ gering ist. Bei Betrachtung des gesamten primären Sektors erfolgt zwar ein Ausgleich durch die fast vollständig durch die Beschäftigtenstatistik abgedeckte Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung, Bergbau; hier waren jedoch nur 36,2 % der im gesamten Sektor Beschäftigten (10 998 von 30 353 Personen) tätig. Bei Einbeziehung der Selbständigen der Land- und Forstwirtschaft würde dieses Verhältnis noch sinken, denn in der Energie- und Wasserversorgung und im Bergbau, der in Schleswig-Holstein außer der inzwischen bedeutungslosen Torfstecherei vor allem Erdölförderung bedeutet, gibt es so gut wie keine Selbständigen. Der Anteil des primären an allen Sektoren würde bei Einbeziehung der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen wegen der hohen Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (etwa 30 000) höher ausfallen.

Im sekundären Sektor arbeiteten zur Jahresmitte 1989 36,3 % der Beschäftigten, während der Dienstleistungssektor bei 59,7 % lag. Damit hat sich seit 1974 eine eindeutige Verschiebung der Gewichte vom Produktions- in den Dienstleistungsbereich ergeben. Der Anteil des primären Sektors hatte damals 4,2 % betragen. Er blieb somit nahezu konstant. Der sekundäre Sektor hatte 1974 noch 44,3 % der Angestellten und Arbeiter beschäftigt, der tertiäre Sektor 51,5 %.

Auch in der Jahresfolge seit 1974 zeigt der Anteil des primären Sektors nur minimale Schwankungen im Anteil an allen Sektoren. Dies gilt für beide darin enthaltenen Wirtschaftsabteilungen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist allerdings über die Jahre uneinheitlich. Dabei folgt die Entwicklung nicht unbedingt dem Konjunkturverlauf. Bis 1980 steigen die Zahlen, weisen aber zwischenzeitlich relativ niedrige Werte auf. Der Rückgang von 1981 wird im nächsten Jahr bereits wieder aufgefangen. Die Beschäftigtenzahl nimmt — mit einer Ausnahme — bis 1988 jährlich zu. Erst 1989 ist wiederum ein Rückgang zu verzeichnen. In der Land- und Forstwirtschaft spielen möglicherweise Unbeständigkeiten im Wettergeschehen eine Rolle. Der Anteil der Energie- und Wasserversorgung an der Gesamtbeschäftigung war im Zeitablauf relativ konstant. Er lag über die Jahre bei ungefähr 1,5 %. Die Zahl der Beschäftigten stieg seit 1978 fast permanent an. Damit

zeigt sich in Schleswig-Holstein eine deutliche Abweichung von der bundesweiten Entwicklung. Hier sank seit 1982 die Beschäftigung.

Zum sekundären Sektor zählen üblicherweise sowohl das verarbeitende als auch das Baugewerbe. 1989 unterlagen dort in Schleswig-Holstein 274 000 Personen der Sozialversicherungspflicht. 1974 waren es noch 309 000 gewesen. Abgesehen von den Jahren 1978 und 1980 verringerte sich der Anteil dieses Sektors kontinuierlich.

Das Baugewerbe konnte nicht an die gesamtwirtschaftliche Aufschwungphase seit 1983 anschließen. Die Zahl der Beschäftigten sank seit 1980 auf den Tiefststand von 56 000 im Jahre 1988. 1989 ging dieser Wert nur leicht nach oben. Das verarbeitende Gewerbe Schleswig-Holsteins hat ungefähr viermal so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie das Baugewerbe. Der Deckungsgrad der Beschäftigtenstatistik im verarbeitenden Gewerbe ist sehr hoch. Hier unterliegen fast alle Erwerbstätigen der Sozialversicherungspflicht. Zwischen 1978 und 1984 war der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an allen Abteilungen gesunken. In den zwei darauf folgenden Jahren zeigte sich ein leichter Zuwachs. Seit 1987 liegt der Wert bei 28,8 %. Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich, gemessen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, weitgehend prozyklisch. Die Veränderungen fallen aber — das ist aus der Fachstatistik des verarbeitenden Gewerbes bekannt — geringer aus als beispielsweise die der Umsätze.

Der Höchststand von 234 000 Beschäftigten im Jahre 1974 und der ebenfalls hohe Stand von 1980 (232 000 Beschäftigte) konnten bis 1989 nicht erreicht werden. 218 000 Arbeitnehmer waren in diesem Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Ein großer Teil des Beschäftigungsrückganges im verarbeitenden Gewerbe dürfte auf Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen sein. Durch die Einführung von technischem Fortschritt in bestehende Produktionsprozesse kann menschliche durch maschinelle Arbeit ersetzt werden. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter ist kein alleiniges Indiz dafür, wie sich die Menge an produzierten Waren und die dabei erreichte Wertschöpfung verändert hat. Nach den Anteilen des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1980) zeichnet sich aber eine gleichgerichtete Tendenz ab: Zwischen 1974 und 1989 sank dieser Anteil von 26,1 % auf 21,0 %.

Der tertiäre Sektor verzeichnete unabhängig von konjunkturellen Schwankungen einen steigenden Anteil an der Beschäftigung. Seit 1977 wurden ausnahmslos Zu-

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1974 bis 1989 nach Wirtschaftssektoren

| Ausgewähltes Jahr (jeweils 30. 6.) | Ins- gesamt | Davon ... Sektor | | |
|---------------------------------------|----------------|----------------------------------|-------------------------|------------------------|
| | | primärer ¹ | sekundärer ² | tertiärer ³ |
| | | Anzahl | | |
| 1974 | 697 459 | 29 056 | 309 189 | 359 199 |
| 1977 | 685 900 | 28 634 | 293 607 | 363 481 |
| 1980 | 733 243 | 29 183 | 308 665 | 394 998 |
| 1981 | 726 918 | 29 098 | 300 196 | 397 573 |
| 1982 | 711 983 | 29 436 | 286 238 | 396 309 |
| 1983 | 703 748 | 29 743 | 277 289 | 396 493 |
| 1984 | 704 671 | 30 072 | 272 805 | 401 563 |
| 1985 | 710 672 | 30 324 | 268 808 | 411 193 |
| 1986 | 720 075 | 30 803 | 272 008 | 417 253 |
| 1987 | 734 318 | 30 769 | 268 670 | 434 868 |
| 1988 | 742 431 | 31 049 | 269 518 | 441 787 |
| 1989 | 754 353 | 30 353 | 273 720 | 450 267 |
| | | Meßzahl 1980 $\hat{=}$ 100 | | |
| 1974 | 95,1 | 93,6 | 100,2 | 90,9 |
| 1977 | 93,5 | 98,1 | 95,1 | 92,0 |
| 1980 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1981 | 99,1 | 99,7 | 97,3 | 100,7 |
| 1982 | 97,1 | 100,9 | 92,7 | 100,3 |
| 1983 | 96,0 | 101,9 | 89,8 | 100,4 |
| 1984 | 96,1 | 103,0 | 88,4 | 101,7 |
| 1985 | 96,9 | 103,9 | 87,1 | 104,1 |
| 1986 | 98,2 | 105,6 | 88,1 | 105,6 |
| 1987 | 100,1 | 105,4 | 87,0 | 110,1 |
| 1988 | 101,2 | 106,4 | 87,3 | 111,8 |
| 1989 | 102,9 | 104,0 | 88,7 | 114,0 |
| | | Anteil an der Summe der Sektoren | | |
| 1974 | 100 | 4,2 | 44,3 | 51,5 |
| 1977 | 100 | 4,2 | 42,8 | 53,0 |
| 1980 | 100 | 4,0 | 42,1 | 53,9 |
| 1981 | 100 | 4,0 | 41,3 | 54,7 |
| 1982 | 100 | 4,1 | 40,2 | 55,7 |
| 1983 | 100 | 4,2 | 39,4 | 56,3 |
| 1984 | 100 | 4,3 | 38,7 | 57,0 |
| 1985 | 100 | 4,3 | 37,8 | 57,9 |
| 1986 | 100 | 4,3 | 37,8 | 57,9 |
| 1987 | 100 | 4,2 | 36,6 | 59,2 |
| 1988 | 100 | 4,2 | 36,3 | 59,5 |
| 1989 | 100 | 4,0 | 36,3 | 59,7 |

1) Die Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sowie Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau

2) Die Wirtschaftsabteilungen verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe

3) Die Wirtschaftsabteilungen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, anderweitig nicht genannte Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

wächse verzeichnet. Inzwischen ist dieser Anteil bei fast 60 % angelangt. Gemessen an der Beschäftigung fällt dem Dienstleistungssektor damit das größte Gewicht zu. Nach aller Erwartung wird es noch weiter wachsen. Die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor stieg von 359 000 im Jahre 1974 um rund ein Viertel auf 450 000 im Jahre 1989.

Der Handel folgte dabei nicht der allgemeinen Entwicklung: Im Handel arbeiteten zur Jahresmitte 1989 15,8 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Beschäftigtenzahl hatte mit einem Wert von 119 000 ihren Höchststand erreicht, konnte sich aber nach Rückgängen seit 1980 erst von 1987 an wieder erholen. Bedeutend für die Beschäftigtenentwicklung im Handel ist die Tendenz zu großen Supermärkten, die das Personal rationeller einsetzen können als kleine Läden.

Der Anteil des Verkehrs- und Nachrichtenwesens ist über die Zeit annähernd konstant bei 4,8 % geblieben. Der Konjunkturverlauf läßt sich in den Zahlen der Beschäftigten nachvollziehen, wenn auch ein Rückgang nach 1981 nur in abgeschwächter Form auftritt.

Die Beschäftigung bei Banken und Versicherungen hat deutlich zugenommen. Die Anzahl der Mitarbeiter stieg bis auf zwei Ausnahmen bis 1987 jährlich an. 1988 folgte ein leichter Rückgang, 1989 nahm die Beschäftigtenzahl wieder zu.

Die dynamische Entwicklung des tertiären Sektors ist stärker von dieser Wirtschaftsabteilung geprägt als von den distributiven Dienstleistungen, die dem allgemeinen Trend nicht in gleichem Maße entsprechen. Ein Grund dafür mag in der Weiterentwicklung des Girowesens liegen, wodurch die Banken von einem größeren Publikum als zuvor frequentiert werden. In den gestiegenen Beschäftigtenzahlen des Versicherungswesens spiegelt sich wider, daß die Zahl der potentiellen Versicherungsobjekte (Haushalte, Häuser, Kraftfahrzeuge), möglicherweise aber auch das Bedürfnis nach ökonomischer Absicherung, zugenommen hat.

Noch deutlicher wird das Gewicht des tertiären Sektors, wenn man sich die Wirtschaftsabteilung der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen sowie die der Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften usw.) ansieht. Sowohl was die Zahl der Beschäftigten als auch ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigung angeht, konnten beide Abteilungen in fast allen Jahren Zuwächse verzeichnen. Lediglich 1982 war die Zahl der in Organisationen ohne Erwerbszweck Tätigen leicht rückläufig. Der Anteil der Organisationen ohne Erwerbszweck an allen Beschäftigten nimmt sich mit 2,6 % relativ gering aus. 1974 hatte er bei 1,7 % gelegen. Jeder fünfte Beschäftigte hingegen

arbeitete am 30. 6. 1989 in der Wirtschaftsabteilung der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen (Gesundheitswesen, Gaststättengewerbe usw.). 1974 waren es erst 16,4 % gewesen.

Die anderweitig nicht genannten Dienstleistungen boten 1989 sehr viele Teilzeitarbeitsplätze. 35 % aller Teilzeitkräfte arbeitete in dieser Abteilung der Dienstleistungen. Diese 96 700 Personen waren zu 92 % Frauen. Von allen erwerbstätigen Frauen, also unter Einschluß auch der vollzeitbeschäftigten, arbeitete mehr als jede dritte (36 %) in den anderweitig nicht genannten Dienstleistungen. Von den Männern waren es nur 13 %.

Der tertiäre Sektor hat also besonders in den Bereichen zugelegt, die einem erhöhten Anspruch der Bevölkerung an gesundheitliche und soziale Absicherung entgegenkommen. Auch im Bundesgebiet ist dieser Trend zu beobachten. Seit 1978 weisen die drei zuletzt beschriebenen Wirtschaftsabteilungen wachsende Beschäftigtenzahlen auf. Dabei liegen die prozentualen Zuwächse bei Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck noch über denen von Banken und Versicherungen. Handel und Verkehr legten im Bundesgebiet seit 1987 zwar zu, wiesen jedoch zwischenzeitlich Beschäftigtenrückgänge auf.

Die hier aufgeführten Werte für die Abteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger zeichnen ein verzerrtes Bild. Ein großer Teil der in diesem Bereich Arbeitenden sind Beamte und gehören also nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Daher sind die Beschäftigtenzahlen dieser Wirtschaftsabteilung als solche weniger aussagekräftig als vielmehr der Trend, den sie vorgeben: Zwischen 1977 und 1981 ist ein Ansteigen zu beobachten, ebenso von 1982 bis 1987. Seit 1987 sinken die Zahlen der Sozialversicherungspflichtigen. Auch der Anteil an allen Beschäftigten ist seitdem leicht rückläufig. Dies gilt auch im gesamten (damaligen) Bundesgebiet.

Tertiarisierung des produzierenden Gewerbes

Beurteilt man die Bedeutung der Dienstleistungen in unserer Gesellschaft, darf nicht vergessen werden, daß auch in Bereichen, die nicht dem tertiären Sektor zugeordnet werden, Dienstleistungen erbracht werden. Hier findet statt, was als Tertiarisierung bezeichnet wird. Komplexer werdende Produktionsstrukturen stellen auch erhöhte Anforderungen an Organisation und Verwaltung. Neue Kommunikations- und Informationstech-

nologien sind ebenso notwendig wie geschultes Personal zu deren Bedienung.²

Die hier genannten Zahlen der versicherungspflichtig Beschäftigten sind nach der Systematik der Wirtschaftszweige und nach Maßgabe der ökonomischen Aktivität ihres Betriebes gegliedert. Die Statistik stellt auch die Gliederung dieser Personen nach ihrem Beruf bereit. Während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Sektor 1989 59,7 % betrug, war der Anteil der in Dienstleistungsberufen Tätigen etwa gleich hoch. Er lag bei 59,2 %.

Es soll jedoch noch einmal auf die Einschränkungen hingewiesen werden, die sich aus der Art dieser Statistik ergeben: Im tertiären Sektor kann Arbeit nur beschränkt durch neue Techniken substituiert werden. Eine relativ große Beschäftigtenzahl ist damit vorgegeben. Über die Produktivität der Sektoren macht die Beschäftigtenstatistik keine Aussagen. Arbeitsplatzverluste können daher durchaus mit Mehrproduktion einhergehen. Auch der hohe Anteil der Teilzeitarbeit im Dienstleistungssektor schränkt die Aussagekraft der Beschäftigtenzahlen ein.

Andererseits fehlen in den beschriebenen Werten auch die Zahlen der Beamten. 1989 verteilten sich 65 700 vollzeit- und 8 100 teilzeitbeschäftigte Beamte und Richter auf die Wirtschaftsabteilungen, und zwar nahezu ausschließlich auf diejenigen des tertiären Sektors.

Zur weiteren Analyse soll daher wiederum die Bruttowertschöpfung herangezogen werden, die die gesamte wirtschaftliche Leistung darstellt. Nach vorläufigen Zahlen für 1989 hatte im Lande die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen des tertiären Sektors (in Preisen von 1980) einen Anteil von 63,7 % an allen drei Sektoren. Damit wird der aus der Beschäftigtenstatistik stammende Wert noch übertroffen. Bereits 1975 hatte der Anteil an der Bruttowertschöpfung bei 57,7 % gelegen. Abgesehen vom Jahr 1981 stieg die Bruttowertschöpfung stets an. Den an den Beschäftigtenzahlen beobachteten Wandel in Richtung Dienstleistungssektor bestätigt also auch der Maßstab Wertschöpfung.

2) Schneppe, F., Beschäftigung und Berufsstruktur 1978 bis 1986, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/87

Die regionale Entwicklung

Es stellt sich die Frage, ob die beobachteten Umschichtungen vom Produktions- zum Dienstleistungssektor hinsichtlich Beschäftigtenzahl und -struktur auch in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins nachzuvollziehen sind, oder ob sich diese Entwicklungen mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten ergeben.

Da in regionaler Gliederung keine Daten von 1974 an verfügbar sind, beziehen sich folgende Ausführungen auf die Jahre 1980 bis 1989. Generell läßt sich feststellen, daß sich auch in den einzelnen Kreisen widerspiegelt, was für ganz Schleswig-Holstein bereits festgestellt wurde.

Im Baugewerbe sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1980 und 1989 in allen Kreisen. Auch der Anteil an der Gesamtbeschäftigung nahm in dieser Zeit durchweg ab. Während sich die Beschäftigtenzahl im verarbeiteten Gewerbe in 12 der insgesamt 15 Kreise ebenfalls verringerte, legten die Wirtschaftsabteilungen des tertiären Sektors zusammen genommen in fast allen Kreisen zu.

Der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung sank von 1980 bis 1983 in allen Kreisen mit Ausnahme von Steinburg. Diese Tendenz setzte sich in abgeschwächter Form bis 1989 fort. Im Gegensatz zur ersten Phase, in der fast alle Kreise von einem Anteilsrückgang betroffen waren, verringerte sich der Anteil 1989 gegenüber 1983 nur noch in neun der fünfzehn Kreise. Über den gesamten Zeitraum gesehen wurde aber in allen Kreisen Beschäftigung abgebaut. Am 30. 6. 1989 streuten die Anteile des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigtenzahl zwischen 41,9 % (22 600 Beschäftigte) in Stormarn und 15,0 % (6 500 Beschäftigte) in Nordfriesland.

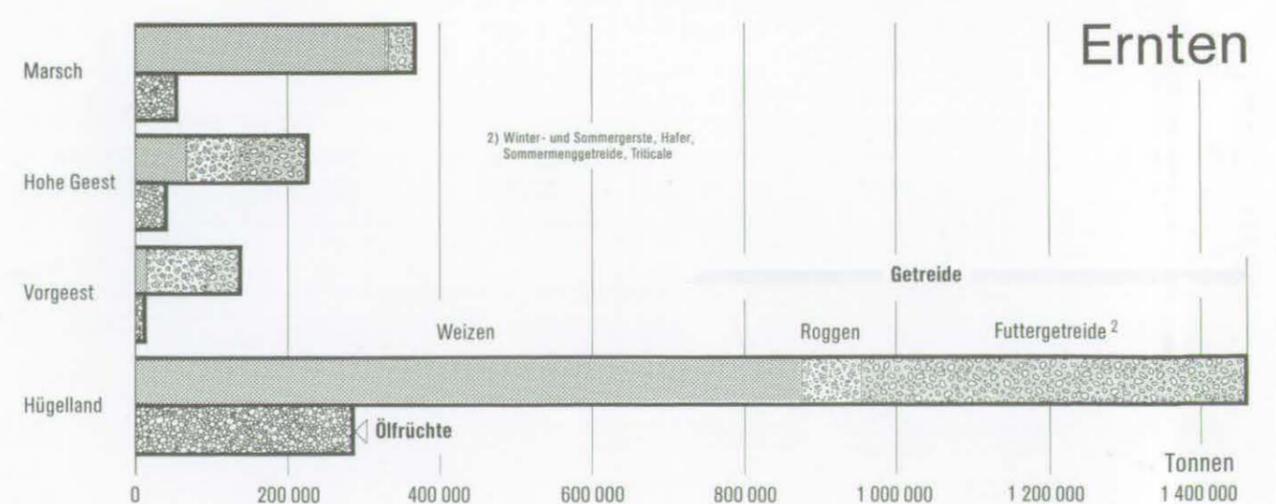
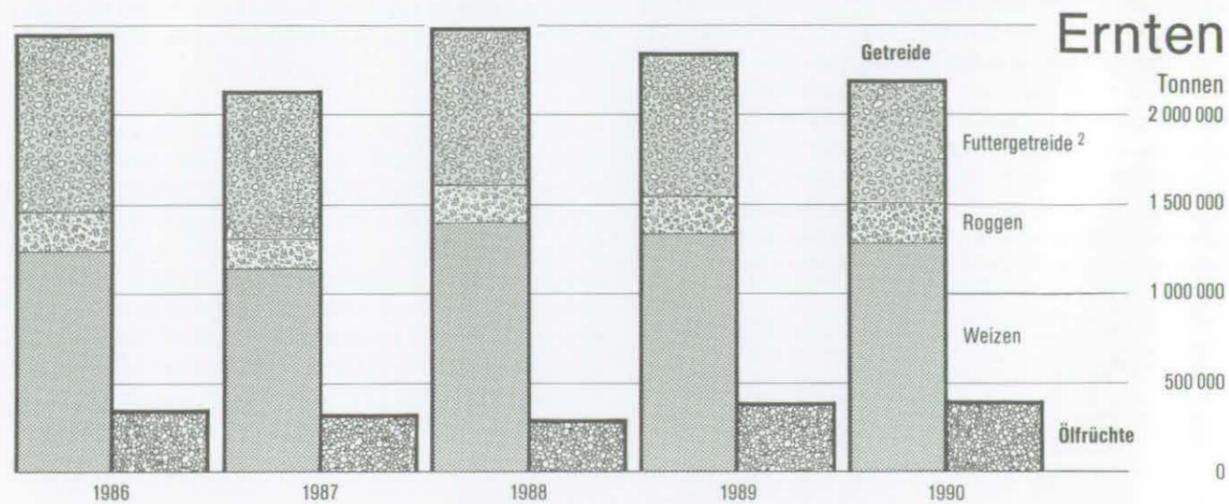
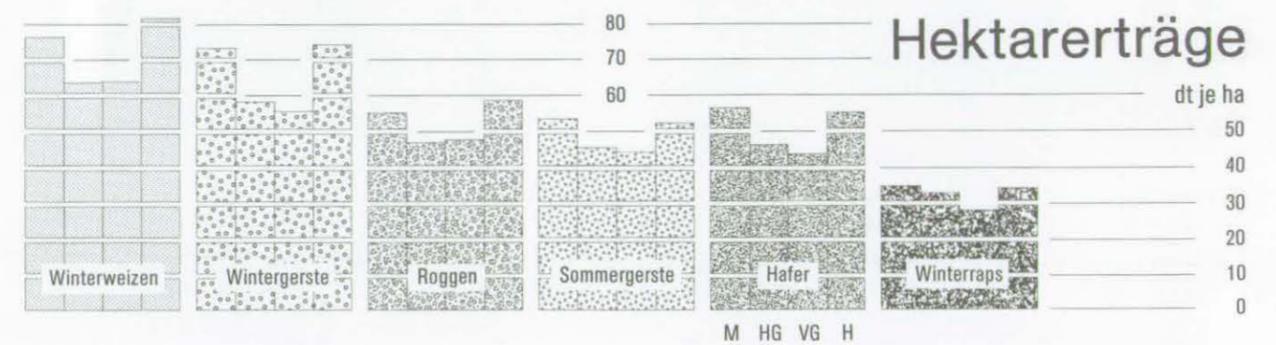
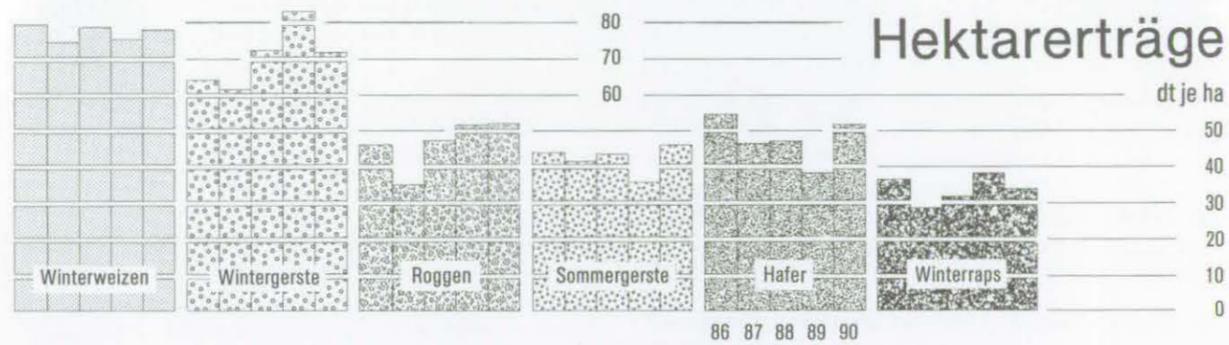
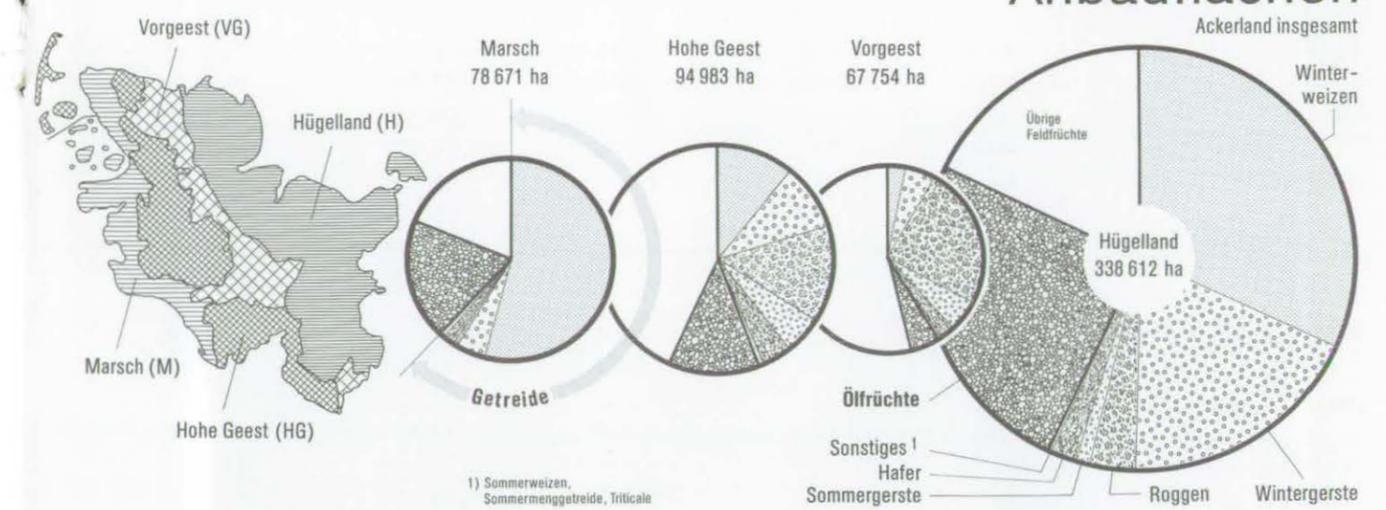
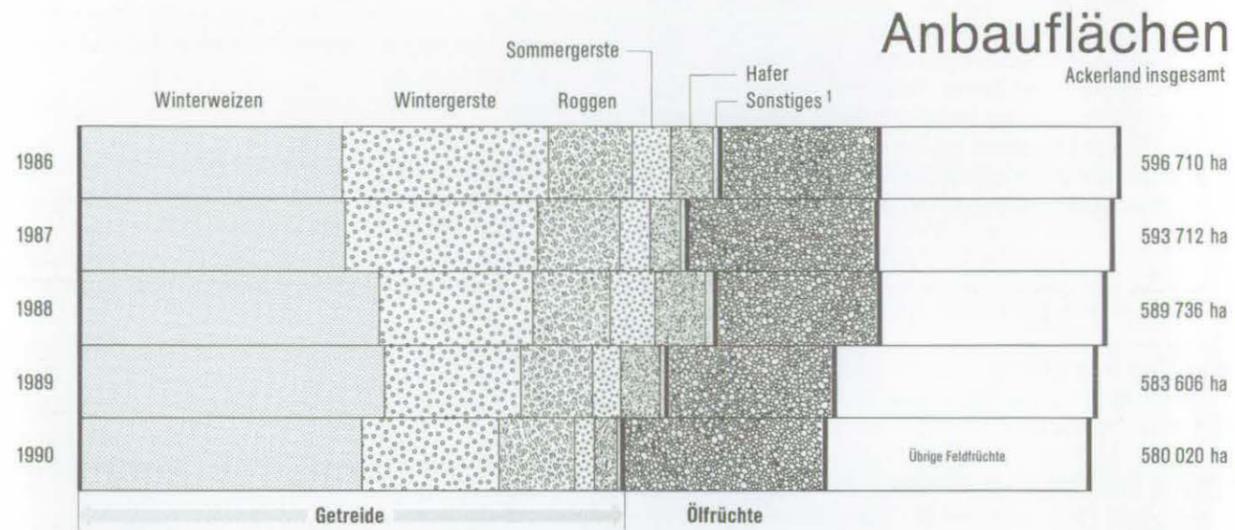
In der Wirtschaftsabteilung Handel war die Entwicklung regional uneinheitlich. Während in den an Hamburg grenzenden Kreisen Stormarn, Segeberg, Pinneberg und Herzogtum Lauenburg ebenso wie in der Stadt Neumünster die Beschäftigung zunahm, sank sie in den übrigen kreisfreien Städten. In den restlichen Kreisen stieg der Wert nur gering oder verringerte sich sogar. Auch hier läßt sich beobachten, daß der Beschäftigtenanteil des Handels zwischen 1980 und 1983 in mehr Kreisen zurückging als im darauffolgenden Zeitraum bis 1989.

Getreide und Ölfrüchte...

D 5910 Stat. LA S-H

... in Schleswig-Holstein 1986 bis 1990

... in den Hauptnaturräumen 1990



Sozialversicherungsflchtig Beschäftigte in den kreisfreien Städten und Kreisen 1980 und 1989 nach Wirtschaftssektoren

| KREISFREIE STADT Kreis | Jahr (jeweils 30. 6.) | Ins- gesamt | Davon ... Sektor | | |
|--------------------------------|-----------------------|----------------|-----------------------|-------------------------|------------------------|
| | | | primärer ¹ | sekundärer ² | tertiärer ³ |
| FLENSBURG | 1980 | 38 836 | 544 | 13 361 | 24 931 |
| | 1989 | 38 982 | 533 | 11 813 | 26 636 |
| KIEL | 1980 | 109 595 | 2 134 | 36 709 | 70 752 |
| | 1989 | 107 611 | 2 228 | 29 955 | 75 428 |
| LÜBECK | 1980 | 84 893 | 1 961 | 36 709 | 46 223 |
| | 1989 | 79 392 | 2 079 | 28 823 | 48 490 |
| NEUMÜNSTER | 1980 | 31 070 | 656 | 14 475 | 15 939 |
| | 1989 | 32 065 | 549 | 13 052 | 18 464 |
| Dithmarschen | 1980 | 33 234 | 1 617 | 15 374 | 16 243 |
| | 1989 | 33 285 | 1 851 | 13 106 | 18 328 |
| Hzgt. Lauenburg | 1980 | 31 943 | 1 453 | 16 028 | 14 462 |
| | 1989 | 33 188 | 1 606 | 14 464 | 17 118 |
| Nordfriesland | 1980 | 41 391 | 1 681 | 12 000 | 27 710 |
| | 1989 | 43 668 | 1 867 | 10 246 | 31 555 |
| Ostholstein | 1980 | 45 594 | 2 293 | 15 835 | 27 466 |
| | 1989 | 47 185 | 2 316 | 13 523 | 31 346 |
| Pinneberg | 1980 | 69 683 | 4 672 | 35 316 | 29 695 |
| | 1989 | 70 332 | 4 543 | 29 830 | 35 959 |
| Plön | 1980 | 19 985 | 1 591 | 7 727 | 10 667 |
| | 1989 | 19 997 | 1 365 | 6 693 | 11 939 |
| Rendsburg- Eckernförde | 1980 | 56 829 | 3 898 | 24 326 | 28 605 |
| | 1989 | 59 308 | 3 915 | 21 916 | 33 477 |
| Schleswig- Flensburg | 1980 | 36 321 | 2 205 | 14 496 | 19 620 |
| | 1989 | 38 469 | 2 484 | 12 529 | 23 456 |
| Segeberg | 1980 | 53 798 | 1 776 | 25 632 | 26 390 |
| | 1989 | 63 892 | 1 955 | 27 213 | 34 724 |
| Steinburg | 1980 | 33 153 | 1 278 | 16 279 | 15 596 |
| | 1989 | 32 965 | 1 687 | 14 102 | 17 176 |
| Stormarn | 1980 | 46 918 | 1 424 | 24 795 | 20 699 |
| | 1989 | 54 012 | 1 375 | 26 468 | 26 169 |
| Schleswig- Holstein | 1980 | 733 243 | 29 183 | 309 062 | 394 998 |
| | 1989 | 754 351 | 30 353 | 273 733 | 450 265 |

1) Die Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sowie Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau

2) Die Wirtschaftsabteilungen verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe

3) Die Wirtschaftsabteilungen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, anderweitig nicht genannte Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Die Abteilung Verkehr und Nachrichtenwesen entwickelte sich überwiegend positiv. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter sank zwischen 1980 und 1989 lediglich in Flensburg, Kiel, Dithmarschen und Steinburg. Der Anteil dieser Abteilung im Jahre 1989 variiert zwischen 2,0 % (670 Beschäftigte) im Herzogtum Lauenburg und 8,1 % (2 600 Beschäftigte) in Neumünster. Vom Anteilsrückgang von 1980 bis 1983 waren nur Kreise betroffen (Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Steinburg). Zwischen 1983 und 1989 verzeichneten neben Dithmarschen und Steinburg auch die kreisfreien Städte Flensburg und Kiel einen rückläufigen Anteil an der Gesamtbeschäftigung.

Die Entwicklung im Kredit- und Versicherungswesen stellt sich in den kreisfreien Städten anders als in den Kreisen dar. Während erstere geringe Rückgänge bzw. einen Zuwachs der Beschäftigtenzahlen von nur 0,2 % in Lübeck aufweisen, stieg dieser Wert in den Kreisen um 4,1 % bis 20,4 %. Der Anteil des Kredit- und Versicherungswesens an allen Beschäftigten stieg zwischen 1980 und 1983 in allen Kreisen, lediglich in Stormarn blieb er gleich. Von 1983 bis 1989 war die Entwicklung weniger eindeutig. In acht Kreisen sank der Anteil wiederum; in fünf war er gleichbleibend; in zwei Kreisen stieg er. Über den gesamten Zeitraum gesehen dehnte sich der Anteil jedoch in der Mehrzahl der Kreise aus.

Die Wirtschaftsabteilung der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen weist für ausnahmslos alle Kreise gestiegene Beschäftigtenzahlen für den betrachteten Zeitraum auf. Die Zuwächse erstrecken sich von 8,3 % (+ 1 369 Beschäftigte) in Lübeck bis zu 51,7 % (+ 1 939 Beschäftigte) in Neumünster. Auch der Anteil an allen Beschäftigten dehnte sich in allen Kreisen aus. Dies gilt für beide der genannten Konjunkturphasen.

Zwischen 1980 und 1989 nahm auch bei den Organisationen ohne Erwerbszweck die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kreisen zu. Nur

Plön weist 1989 11,4 % weniger Arbeiter und Angestellte auf. Die prozentualen Zuwächse umfassen die Bandbreite von 3,8 % im Herzogtum Lauenburg bis zu 94,7 % in Flensburg. Auch der Anteil an der Gesamtbeschäftigung stieg in der Mehrzahl der Kreise.

Die Zahl der bei Gebietskörperschaften und bei Sozialversicherungsträgern Beschäftigten war, abgesehen von Flensburg und Neumünster, 1989 in allen Kreisen höher als 1980. Außer in diesen beiden Städten stieg auch der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtzahl überall an.

Auch wenn die Entwicklung der Sektoren in den Kreisen in etwa gleich gerichtet war, ist doch das Gewicht der Sektoren in den Kreisen durchaus verschieden. So bildete der primäre Sektor in den kreisfreien Städten einen Anteil zwischen 1,2 % in Flensburg und 2,6 % in Lübeck. In den Kreisen reichte er bis zu 6,8 % in Plön.

Das nach der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten höchste Gewicht hatte der sekundäre Sektor in den an Hamburg grenzenden Kreisen. Stormarn liegt mit einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 49,0 % obenan, gefolgt vom Herzogtum Lauenburg mit 43,5 %. Auch in Steinburg, Segeberg und Pinneberg waren über 40 % der Arbeitnehmer im sekundären Sektor tätig. Die Werte der kreisfreien Städte liegen mit Ausnahme von Neumünster unter dieser Marke. Während die Lage in der Nähe Hamburgs den sekundären Sektor offensichtlich begünstigt, fallen die Anteile des tertiären Sektors in diesen Kreisen entsprechend niedrig aus. Sie liegen bei 50 %. Der höchste Wert des tertiären Sektors wurde in Nordfriesland festgestellt (72,3 %), wo verarbeitendes und Baugewerbe mit insgesamt nur 23,5 % gering vertreten sind. Auch in Kiel, Flensburg und Ostholstein sind viele Berufstätige im tertiären Sektor tätig (von 70,1 % bis 66,4 %), wobei unter anderem die Beamten der Landesregierung noch nicht einmal enthalten sind. Stormarn liegt mit 48,4 % am unteren Ende.

Birgit Herdejürgen

Wohnungsmieten im Mai 1987

Die volkswirtschaftliche Weisheit eines unbekanntenen Autoren lautet: „Selbst aus einem Papagei kann man einen gelehrten Nationalökonom machen; er muß nur die beiden Worte 'Angebot' und 'Nachfrage' beherrschen.“¹ Diese provokative Aussage gilt einem entscheidenden Aspekt der Volkswirtschaftslehre: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Im Prinzip gilt diese Grundregel auch für den Wohnungsmarkt. Die Miete (Preis) resultiert aus dem Prozeß des Aufeinandertreffens von wohnungsvermietenden (Angebot) und wohnungssuchenden (Nachfrage) Personen. Da aber das Wohnen ein menschliches Grundbedürfnis darstellt, greift der Staat in den Wohnungsmarkt ein.

Der Wohnungsmarkt besitzt noch einige Besonderheiten, die ihm zu einer Ausnahmestellung verhelfen. Das Wohnungsangebot ist normalerweise immobil. Ist ein Wohngebäude erst einmal erbaut worden, kann es nur stehenbleiben, umgebaut oder abgerissen werden. Das Angebot bewegt sich also nicht zum Markt — dem Ort, wo sich Angebot und Nachfrage treffen. Ein anderer Punkt ist die Zeitverzögerung, mit der das Wohnungsangebot auf die Nachfrage reagiert. Diese sozialen, räumlichen und zeitlichen Aspekte schränken die Geltung der üblichen Marktlehre für den Wohnungsmarkt ein.

Zur Zeit ist ein Engpaß auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Meldungen über die „neue Wohnungsnot“, über Wuchermieten und Benachteiligungen von Mietern zeigen, daß je nach Sichtweise das Angebot zu niedrig oder die Nachfrage zu hoch ist. Der Wohnungsbau konnte nicht mehr mit der gestiegenen Nachfrage Schritt halten. Die Hauptursachen der gestiegenen Nachfrage liegen in der veränderten Bedarfsstruktur und der erhöhten Bevölkerungszahl. Der erste Aspekt offenbart sich in dem gestiegenen Wohnraumbedarf (von 23 m² auf 33 m² je Person bei den Mietwohnungen zwischen den beiden letzten Gebäude- und Wohnungszählungen der Jahre 1968 und 1987) und der vermehrten Bedeutung von Ein-Personen-Haushalten. Die Anzahl der Mietwohnungen mit einer Person nahm im selben Zeitraum von 2,5 Mill. auf 6,6 Mill. zu. Beim zweiten Punkt sind die Wande-

rungsgewinne dominierend, d. h. die Zahl der Zuzüge übersteigt die der Fortzüge. Die Veränderung der Bedarfsstruktur hat demografische wie soziologische Komponenten: Zum Zeitpunkt der Zählung 1987 waren die sog. geburtenstarken Jahrgänge bereits voll in der Phase der Haushaltsgründung, gleichzeitig ist die Lebenserwartung der älteren Menschen kontinuierlich gestiegen. Viele Haushalte neigen dazu, ihre Wohnung zu behalten, auch wenn die Zahl der Personen im Haushalt abnimmt.

Während sich die Bedarfsstruktur über einen längeren Zeitraum verändert, wirken Wanderungen sehr schnell. Gerade bei den Wanderungen wird das Dilemma beim Wohnungsmarkt offenbar: Die Nachfrage tritt sofort auf, während das geforderte Angebot erst über eine Zeitverzögerung vom Bau bis zum Bezug der Wohnungen bereitgestellt werden kann. Diese Übergangszeit birgt soziale Härten. Es gibt daneben noch andere Gründe für die „neue Wohnungsnot“ (z. B. Engpässe im Angebot von Bauland, hohe Zinsen, Rückgang des sozialen Wohnungsbaus). Diese Problematik ist sehr komplex, sie soll in diesem Aufsatz nur einleitend behandelt sein.

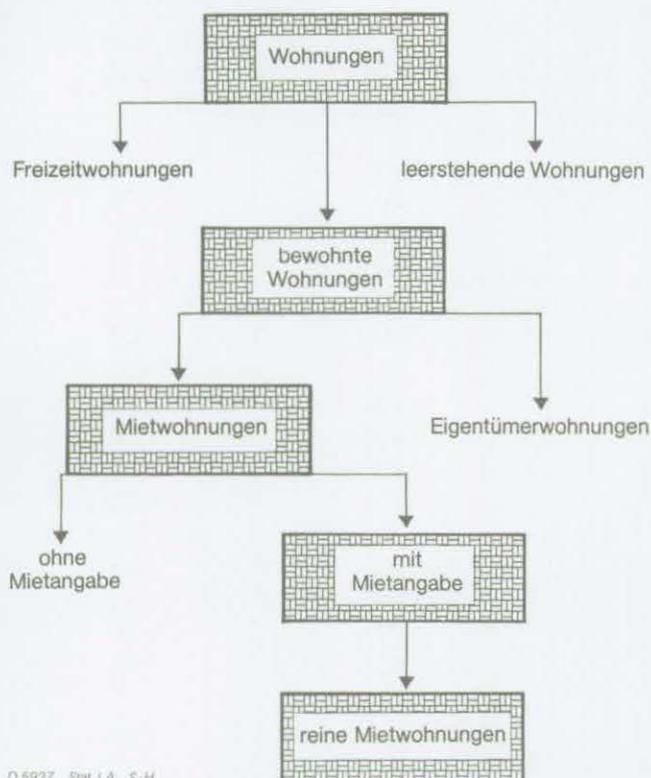
Zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung als Teil der Volkszählung am 25. 5. 1987 war die Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland eine andere gewesen. Das Angebot konnte die Nachfrage zumindest quantitativ decken. Im Gegenteil: es standen sogar fast eine halbe Million Wohnungen leer, darunter 20 000 in Schleswig-Holstein. In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung der Wohnungsmieten von Interesse, da diese durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

Mieten stark gestiegen

Zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. 10. 1968 hatte die durchschnittliche Miete je m² für Mietwohnungen in der Bundesrepublik 2,28 DM betragen. Bis zum 25. 5. 1987 verdreifachte sich dieser Preis auf 6,87 DM. In Schleswig-Holstein stieg die durchschnittliche Quadratmetermiete im selben Zeitraum sogar noch etwas stärker, nämlich von 2,37 DM um 224 % auf 7,67 DM. Der Preisindex für Wohnungsmieten der privaten Haushalte dagegen hat sich von

1) Nach: Samuelson, Paul A.; Volkswirtschaftslehre (Band I), 1964, S. 81

Systematik der Wohnungen in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987



D 5927 Stat.LA S-H

1968 bis 1987 um ungefähr 130 % erhöht. Auch wenn diese Preissteigerung methodisch nicht voll mit der Mietsteigerung laut Gebäude- und Wohnungszählung verglichen werden kann², wird doch deutlich, daß ein großer Teil der Mietsteigerung durch Qualitätsverbesserungen der Wohnungen zu erklären ist.

Die Mieten sind in diesem Aufsatz grundsätzlich auf „bewohnte reine Mietwohnungen mit Mietangaben“ bezogen. Um diese eingeschränkte Definition besser verstehen zu können, wird eine Systematik der Wohnungen vorangestellt.

Am 25. 5. 1987 wurden in Schleswig-Holstein 1,13 Mill. Wohnungen gezählt. Von diesen Wohnungen waren ungefähr 1,08 Mill. bewohnt, 20 000 standen leer, und fast 30 000 dienten als Freizeitwohnung. Von den bewohnten Wohnungen sind 600 000 Miet- und fast 500 000 Eigentümerwohnungen. Die Mietpreise beziehen sich natürlich auf die Mietwohnungen, die bewohnt waren und für die eine Mietangabe gemacht wurde. Für fast 30 000 oder 5,8 % bewohnte reine Mietwohnungen lagen keine Angaben vor.

2) Über die Preisindizes der Lebenshaltung — zu ihnen gehört der Mietenindex — wurde ausführlich in Heft 2/1990 dieser Zeitschrift berichtet.

Das Wort „reine“ schließt folgende Wohnungen von den Mietwohnungen aus: Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stift- sowie Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen. Wohnungen mit überhöhter Miete und Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte bleiben unberücksichtigt. Ebenso werden verbilligte, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen sowie völlig untervermietete Wohnungen in den Begriff der bewohnten reinen Mietwohnungen nicht einbezogen. Damit werden fast 70 000 weitere Mietwohnungen ausgeschlossen.

Die Zahl der bewohnten reinen Mietwohnungen mit Mietangaben — in diesem Aufsatz kurz „Mietwohnungen“ genannt —, die die Grundlage der Mietanalyse bildet, betrug 482 233.

Da unter dem Begriff Miete die unterschiedlichsten Kosten einbezogen werden könnten, soll zunächst dargelegt werden, wie dieser Begriff bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 benutzt wurde: Als Miete wird der monatliche Betrag bezeichnet, der mit dem Vermieter für die Überlassung der ganzen Wohnung oder sonstigen Wohneinheit zum Zeitpunkt der Zählung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde. Zur Miete zählen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung. Nicht zur Miete rechnen Umlagen für den Betrieb einer Heizung oder Warmwasserversorgung, für eine Garage oder einen Einstellplatz, Zuschläge für Möblierung, Gewerberäume oder untervermietete Räume, Grundgebühren für eine Zentralwaschanlage und dergleichen mehr.

Im Monat Mai des Jahres 1987 wurden in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 496 DM Miete je Wohnung berechnet. Dabei sind in den Kreisen große Streuungen um das Landesmittel zu beobachten: von 435 DM in Neumünster bis 612 DM in Stormarn. Auffallend ist, daß alle kreisfreien Städte unter dem Landesdurchschnitt lagen. Da nicht alle Wohnungen die gleiche Größe besitzen, wird zur besseren Vergleichbarkeit die durchschnittliche Miete je m² errechnet. Der Landeswert betrug, wie schon erwähnt, 7,67 DM je m². Damit hat Schleswig-Holstein im Vergleich mit den anderen Bundesländern den nach Hamburg (8,25 DM) zweithöchsten Wert.

In den Kreisen lag der niedrigste Wert in Dithmarschen mit 6,32 DM. Die höchsten Quadratmetermieten hatten die Kreise zu verzeichnen, die an Hamburg grenzen: Stormarn mit 8,88 DM, Pinneberg mit 8,61 DM und Segeberg mit 8,40 DM.

Durchschnittliche Monatsmiete in bewohnten reinen¹ Mietwohnungen in den Kreisen im Mai 1987 in DM je m²

| KREISFREIE STADT Kreis | Insgesamt | Davon | |
|---------------------------|-------------|-----------------------------------|----------------------------|
| | | öffentlich gefördert ² | nicht öffentlich gefördert |
| FLensburg | 7,23 | 7,26 | 7,22 |
| KIEL | 7,72 | 7,50 | 7,79 |
| LÜBECK | 7,72 | 7,55 | 7,80 |
| NEUMÜNSTER | 7,21 | 7,51 | 7,12 |
| KREISFREIE STÄDTE | 7,58 | 7,49 | 7,62 |
| Dithmarschen | 6,32 | 6,98 | 6,13 |
| Hzgt. Lauenburg | 7,55 | 7,42 | 7,59 |
| Nordfriesland | 7,22 | 7,52 | 7,15 |
| Ostholstein | 7,80 | 7,73 | 7,82 |
| Pinneberg | 8,61 | 7,73 | 8,88 |
| Plön | 7,51 | 7,78 | 7,43 |
| Rendsburg-Eckernförde | 7,16 | 7,41 | 7,07 |
| Schleswig-Flensburg | 6,66 | 7,25 | 6,52 |
| Segeberg | 8,40 | 7,81 | 8,56 |
| Steinburg | 6,74 | 7,31 | 6,57 |
| Stormarn | 8,88 | 8,10 | 9,05 |
| Kreise | 7,72 | 7,59 | 7,76 |
| Schleswig-Holstein | 7,67 | 7,55 | 7,71 |

1) d. h. ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

2) nur 1. Förderungsweg

Heißt „öffentliche Förderung“ billiger?

Als öffentlich (mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus) gefördert gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 fertiggestellt wurden — auch wenn diese in Gebäuden liegen, die vor diesem Stichtag errichtet worden sind — und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden — sog. Erster Förderungsweg. Zu den öffentlichen Mitteln zählen unter anderem

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt),
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Für öffentlich geförderte Wohnungen müssen bei einer Neuvermietung die Mieter einen Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z. B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.

Nicht zu den öffentlichen Mitteln im obengenannten Sinn zählen

- Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes (sog. Zweiter Förderungsweg),
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz,
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden,
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie,
- Steuervergünstigungen und Bausparprämien.

Am 25. 5. 1987 war in Schleswig-Holstein ungefähr jede vierte Mietwohnung (27 %) eine öffentlich geförderte. Diese Anteile bewegten sich in den Kreisen von 21 % in Stormarn bis 35 % in Lübeck. Beim Vergleich der öffentlich geförderten mit den nicht öffentlich geförder-

ten Mietwohnungen könnte man meinen, daß die öffentlich geförderten billiger sein müßten. Im Landesergebnis wird diese Ansicht zunächst bestätigt. Mit 438 DM je Wohnung waren die öffentlich geförderten Mietwohnungen um 80 DM billiger. In den Kreisergebnissen galt nur Neumünster als Ausnahme (444 DM gegenüber 433 DM). Bezieht man den Vergleich auf die Quadratmetermiete, dann sind im Landesdurchschnitt die öffentlich geförderten Mietwohnungen mit 7,55 DM je m² um 16 Pfennige billiger als die nicht öffentlich geförderten. In acht von 15 Kreisen waren aber die nicht öffentlich geförderten sogar billiger als die öffentlich geförderten Mietwohnungen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, daß der Mietendurchschnitt für die nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen durch den großen Anteil von vor 1948 erbauten billigeren Wohnungen nach unten gedrückt wird. Außerdem ist zu beachten, daß die Wohnungsgrößen unterschiedlich sind.

Anteil der öffentlich geförderten¹ und der nicht öffentlich geförderten an allen bewohnten reinen² Mietwohnungen in den Kreisen am 25.5.1987 in %

| KREISFREIE STADT | Öffentlich gefördert ¹ | Nicht öffentlich gefördert |
|---------------------------|-----------------------------------|----------------------------|
| Kreis | | |
| FLensburg | 26,7 | 73,3 |
| KIEL | 26,9 | 73,1 |
| LÜBECK | 35,0 | 65,0 |
| NEUMÜNSTER | 23,1 | 76,9 |
| Dithmarschen | 27,5 | 72,5 |
| Hzgt. Lauenburg | 29,0 | 71,0 |
| Nordfriesland | 22,3 | 77,7 |
| Ostholstein | 26,7 | 73,3 |
| Pinneberg | 26,3 | 73,7 |
| Plön | 30,1 | 69,9 |
| Rendsburg-Eckernförde | 28,4 | 71,6 |
| Schleswig-Flesnburg | 22,0 | 78,0 |
| Segeberg | 24,9 | 75,1 |
| Steinburg | 25,9 | 74,1 |
| Stormarn | 21,2 | 78,8 |
| Schleswig-Holstein | 27,1 | 72,9 |

Jede 10. Mietwohnung in neuen Gebäuden

Interessant ist nun das Alter von Gebäuden, in denen es Mietwohnungen gibt. Zunächst werden die Gebäude mit Mietwohnungen in vier Gebäudealtersklassen eingeteilt:

- bis 1948 errichtet
- von 1949 bis 1968 errichtet
- von 1969 bis 1978 errichtet
- 1979 und später errichtet

Die zweite Klasse hatte dabei am 25. 5. 1987 mit 41 % die meisten Mietwohnungen. Nur noch knapp jede dritte Mietwohnung lag in einem Gebäude, das vor 1949 errichtet worden ist (30 %). Der Anteil der Baujahre 1969 bis 1978 betrug 19 %. In einem Gebäude, das nach 1978 errichtet worden war, befand sich jede zehnte (9,6 %) der Mietwohnungen. Diese Altersklassen sind allerdings unterschiedlich breit.

Auffallend sind die geringen Anteile der vor 1949 gebauten Mietwohnungen in den Hamburger Umlandkreisen: 13 % in Segeberg und je 16 % in Stormarn und Pinneberg. Dort sind viele Wohnungen erst mit der Stadt-Umland-Wanderung entstanden. Nur relativ wenige Neubaumietwohnungen, d. h. hier nach 1968 gebaut, gibt es in den kreisfreien Städten und Steinburg.

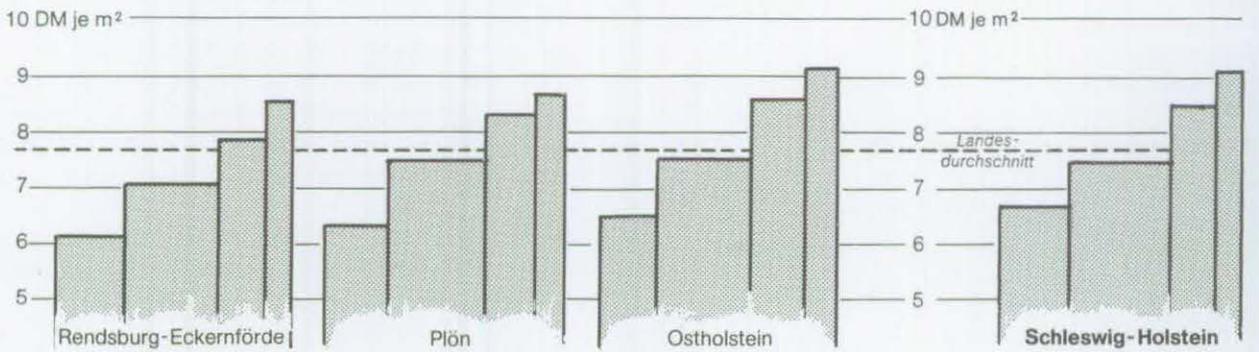
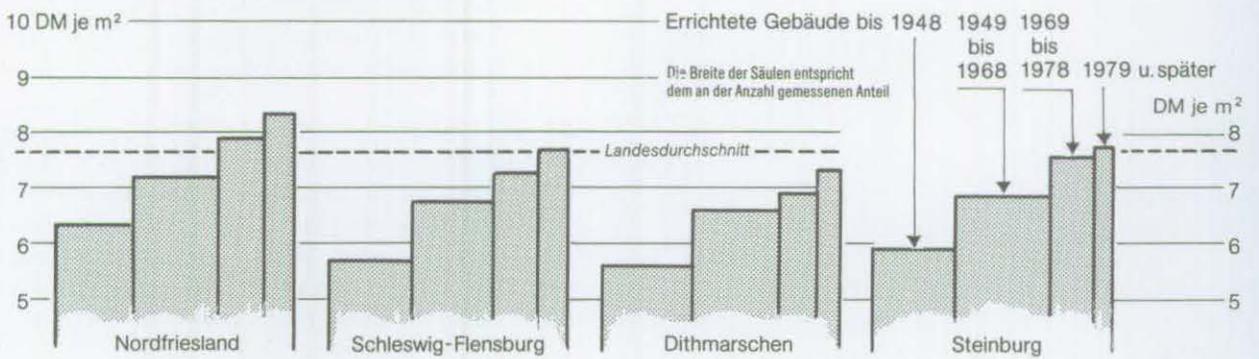
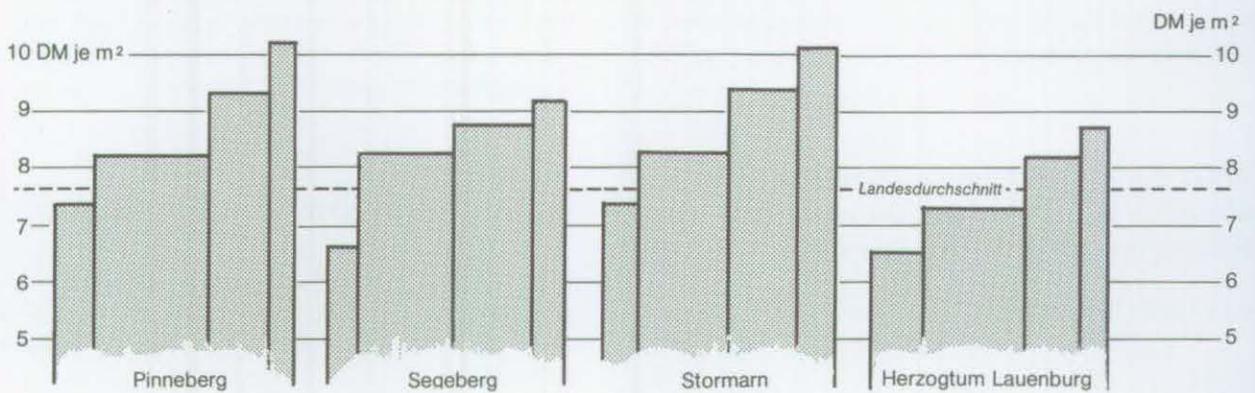
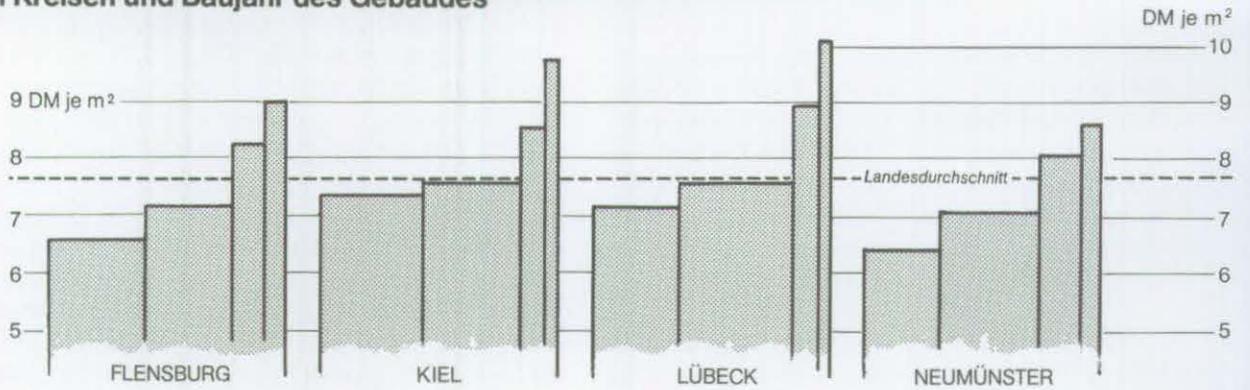
Im folgenden sollen die Mieten je m² für Wohnungen nach Gebäudealter und öffentlicher Förderung auf Kreisebene verglichen werden.

Gemessen am Quadratmeterpreis sind — grob gesagt — die Wohnungen umso billiger, je älter sie sind. In-

1) nur 1. Förderungsweg
 2) d. h. ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

Miete der bewohnten reinen¹ Mietwohnungen je m² Wohnfläche im Mai 1987 nach Kreisen und Baujahr des Gebäudes

D 5928 Stat. LA S-H



1) ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

Schleswig-Holstein lagen im Mai 1987 die Mieten je m² in den vier Gebäudealtersklassen zwischen 6,71 DM (dann 7,81 DM und 8,61 DM) und 9,29 DM für nicht öffentlich geförderte Mietwohnungen.

In den Altbauten, bis 1948 gebaut, streuten die Kreisergebnisse der Quadratmetermieten von 5,60 DM in Dithmarschen bis 7,35 DM in Stormarn. Bei den nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen in Gebäuden der Baujahre 1949 bis 1968 lagen die Mieten je m² zwischen 6,45 DM in Dithmarschen und 8,74 DM in Pinneberg, während sie in der Gebäudealtersklasse „1969 bis 1978“ zwischen 6,64 DM in Dithmarschen und 9,65 DM in Stormarn lagen. Die frei finanzierten Mietwohnungen in Gebäuden, die 1979 und später errichtet worden sind, waren in Dithmarschen mit 7,15 DM je m² am billigsten und in Lübeck mit 10,44 DM je m² am teuersten.

Da eine öffentliche Förderung erst nach der Währungsreform 1948 eingeführt worden ist, werden hier nur drei Gebäudealtersklassen betrachtet. In der ältesten dieser Gebäudeklassen betrug der Mietpreis je m² 7,23 DM, in der mittleren 8,28 DM und in der jüngsten 8,35 DM im Landesmittel.

Auch in den Kreisen sind die öffentlich geförderten Mietwohnungen, wie bei den nicht öffentlich geförderten auch, umso teurer, je jünger sie sind. Ausnahmen von dieser Regelmäßigkeit sind Lübeck, Nordfriesland und Segeberg jeweils in der Gebäudeklasse „1979 und später“.

Schleswig-Holsteins Wohnungen sind sehr gut ausgestattet

Eine öffentliche Förderung senkt normalerweise den Mietpreis. Doch die Tatsache der Förderung selbst läßt noch keine Aussage über die Höhe der Förderung einerseits und der Mietsenkung andererseits zu. Ebenso ist zu berücksichtigen, daß das Gebäudealter nur bedingt eine Auskunft über die Qualität der darin befindlichen Mietwohnungen gibt. Nachträgliche Verbesserungen wie Sanierungen, Einbauküchen, Badezimmerausbau und Kabelanschluß erhöhen die Mieten in älteren Gebäuden. Aus diesem Grunde werden nun die Mietwohnungen in Schleswig-Holstein auch nach der Ausstattung untersucht.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern besaß Schleswig-Holstein zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 mit 85 % den zweithöchsten Anteil an Wohnungen, die mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet waren. Hierbei ist der gesamte Wohnungsbestand ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Ge-

bäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung gemeint. Damit lag Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 73 %.

Für die Mietwohnungen ergab sich sogar ein Anteil von 86 %. Am 25. 5. 1987 waren in Schleswig-Holstein nur wenige Mietwohnungen ohne WC in der Wohnung (1,8 %) und ohne Bad — aber mit WC — (2,7 %) ausgestattet. In den Kreisen streuten die Anteile der Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung von 82 % in Steinburg bis 93 % in Flensburg. Selbst der niedrigste Anteil in Steinburg muß als relativ hoch beurteilt werden — gemessen am Bundesdurchschnitt. Auffällig ist, daß in Kiel jede 20. Mietwohnung ohne WC ausgestattet war (5,4 %). Hierbei spielt der höchste Anteil (44 %) von Altbauwohnungen (vor 1949) sicherlich die entscheidende Rolle.

Wie variieren nun die Mietpreise nach der Art der Ausstattung? In Schleswig-Holstein lagen die Mieten je m² in den Mietwohnungen umso höher, je besser diese ausgestattet waren. Eine Mietwohnung mit Bad, WC und Sammelheizung wies eine durchschnittliche Miete von 7,87 DM je m² auf. Ohne die Sammelheizung waren es nur 6,30 DM. Für Mietwohnungen ohne WC mußten 6,17 DM bezahlt werden. Ohne Bad, aber mit WC, ergab sich eine Miete von 5,88 DM je m². Die beiden letztgenannten Mittelwerte wurden unabhängig von der Beheizungsart gerechnet. Die Miethöhe richtet sich nicht nur nach der Ausstattung, sondern auch nach Gebäudealter, öffentlicher Förderung, geographischer Lage, Angebot und Nachfrage in einer Region, etc.

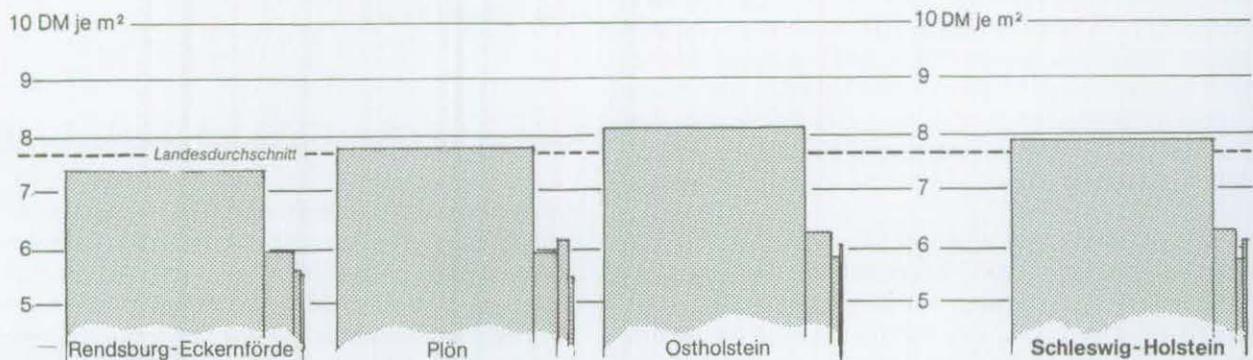
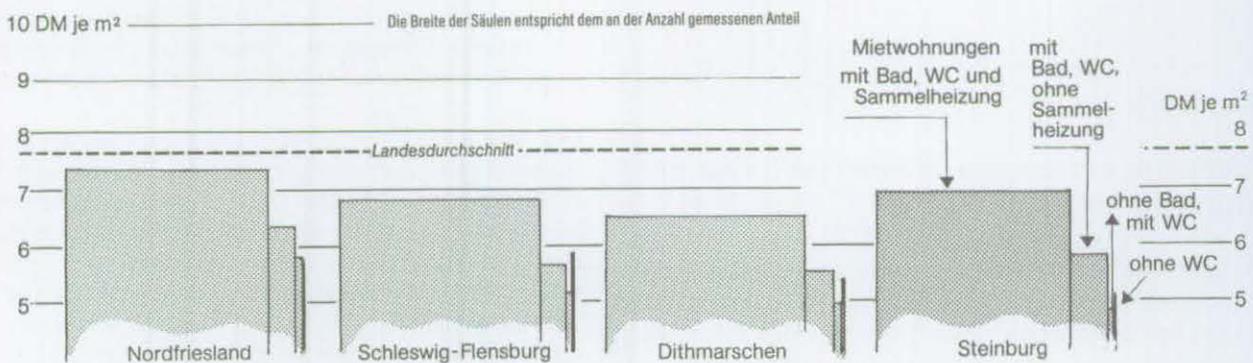
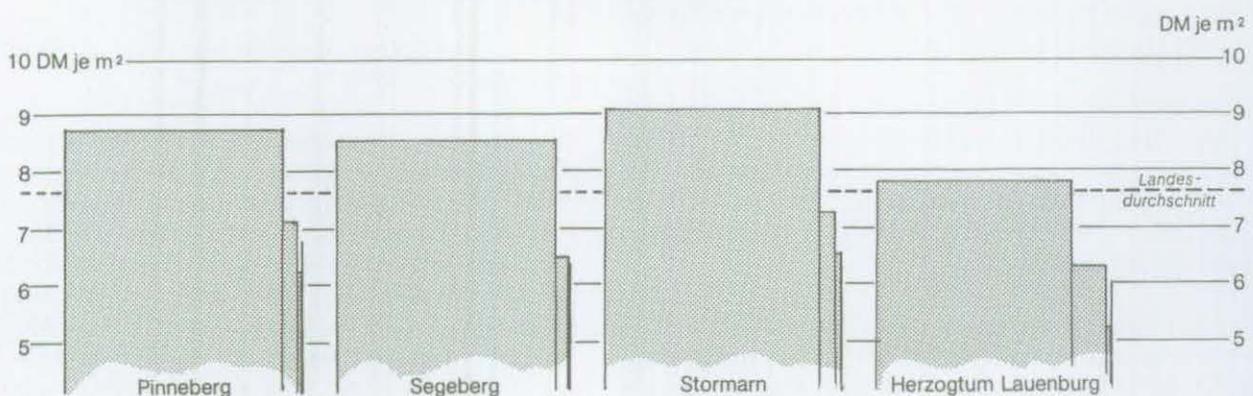
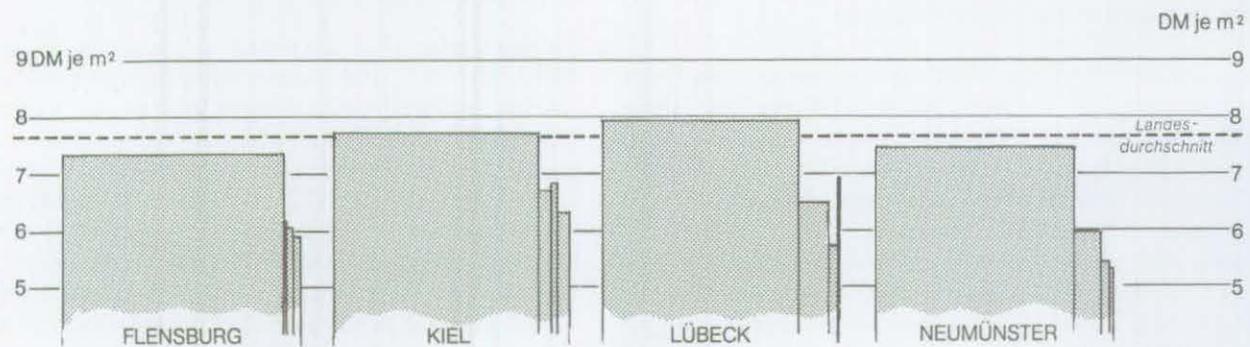
Das regionale Mietengefälle bei den Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung ging von 9,05 DM je m² in Stormarn bis 6,49 DM je m² in Dithmarschen. Auch bei den Wohnungen ohne Sammelheizung, aber mit Bad und WC, belegten diese beiden Kreise die unterste und oberste Position: Dithmarschen mit 5,52 DM und Stormarn mit 7,24 DM je m². Wohnungen ohne Bad, aber mit WC, ergaben Mieten je m² von 4,81 DM in Steinburg bis 6,81 DM in Kiel. Die Wohnungen ohne WC kosteten von 5,09 DM je m² in Steinburg bis 6,94 DM in Lübeck.

Rentner und Pensionäre mit niedrigster Miete

In diesem Aufsatz sollen die Mieten auch nach der sozialen Stellung der Bezugspersonen untersucht werden. Bezugsperson ist, wer überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt (früher: Haushaltsvorstand). Haushalte werden in Mehrpersonen- und Einpersonenhaushalte gegliedert. Mehrpersonenhaushalte werden durch Personen gebildet, die gemeinsam wohnen und wirt-

Miete der bewohnten reinen¹ Mietwohnungen je m² Wohnfläche im Mai 1987 nach Kreisen und Ausstattung des Gebäudes

D 5929 Stat. LA S-H



1) ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

Haushalte in Mietwohnungen¹ und ihre Miete nach der sozialen Stellung der Bezugsperson²

| Soziale Stellung | Anteil an allen Haushalten in % | Durchschnittliche Miete je Haushalt in DM |
|--|---------------------------------|---|
| Selbständige, Beamte, Angestellte | 34,1 | 575 |
| Arbeiter | 22,6 | 486 |
| Nichterwerbstätige (ohne Rentner/Pensionäre) | 10,6 | 436 |
| Rentner/Pensionäre | 29,3 | 412 |
| Ausländer | 3,5 | 488 |
| Insgesamt | 100 | 489 |

- 1) Nur Wohnungen, die von nur einem Haushalt belegt sind, ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohneinheiten, für die keine Angaben zum Haushalt/zur Person vorliegen, ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte
 2) Bezugsperson ist die Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt

schaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt (Einpersonenhaushalt), und zwar auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung hat. Hier werden aber nur die Wohnungen betrachtet, die von nur einem Haushalt belegt sind.

Bei der Betrachtung der Haushalte in Mietwohnungen werden die Bezugspersonen nach der sozialen Stellung wie folgt eingeteilt:

- Selbständige, Beamte, Angestellte
- Arbeiter
- Nichterwerbstätige (ohne Rentner/Pensionäre)
- Rentner/Pensionäre
- Ausländer

Die zuerst aufgeführte Gruppe verzeichnete einen Anteil von 34 % an den Bezugspersonen. Auch der Anteil der Rentner und Pensionäre an den Bezugspersonen ist mit 29 % hoch. Fast jeder dritte Haushalt in einer Mietwohnung war ein Rentner- oder Pensionärs-haushalt. Sehr häufig (jeder zweite) waren es Einpersonenhaushalte. Den niedrigsten Anteil an den Bezugspersonen hatten die Ausländer mit 3,5 %.

Von den Bezugspersonen — nach der sozialen Stellung gegliedert — bezahlten die Rentner und Pensionäre mit 412 DM im Durchschnitt die niedrigste Miete je Wohnung. Am meisten — nämlich 575 DM — gaben im Durchschnitt die Selbständigen, Beamten und Angestellten für die Miete im Mai 1987 in Schleswig-Holstein aus.

Da in diesem Falle die Quadratmetermieten nicht vorliegen und sich die Haushalte und die Wohnungen der Größe nach unterscheiden, können Aussagen über die Kosten des Wohnens nach sozialer Stellung der Bezugspersonen nur eingeschränkt getroffen werden.

Hohe Mieten auf den nordfriesischen Inseln

Bisher wurden die Durchschnittsmieten auf Kreis- bzw. Landesebene miteinander verglichen. Doch die Streuung um einen Durchschnittswert kann sehr unterschiedlich sein. Deshalb wurden die Mietwohnungen in sieben Mietpreisklassen eingeteilt (jeweils in DM je m²):

- I unter 2,50
- II von 2,50 bis unter 5,00
- III von 5,00 bis unter 7,50
- IV von 7,50 bis unter 10,00
- V von 10,00 bis unter 12,00
- VI von 12,00 bis unter 15,00
- VII 15,00 und mehr

In der Klasse III lagen im Mai 1987 38 % und in der Klasse IV 35 % aller Mieten. Da sich die durchschnittlichen Mieten in den Kreisen von 6,32 DM in Dithmarschen bis 8,88 DM je m² in Stormarn bewegten, streuten die Mieten also nur relativ gering um den Durchschnitt. Jede dritte Wohnung (34 %) in Stormarn kostete mindestens 10 DM je m². Wie auch im Land hatten die Klassen III und IV in den Kreisen die höchsten Anteile.

Bewohnte reine¹ Mietwohnungen mit Mietangabe nach der Größenklasse der Miete im Mai 1987 in %

| Monatsmiete je m ² von ... bis unter ... DM | Kreisfreie Städte | Kreise | Schleswig- Holstein |
|---|----------------------|------------|------------------------|
| Unter 2,50 | 0,4 | 1,1 | 0,8 |
| 2,50 bis unter 5,00 | 7,0 | 9,1 | 8,3 |
| 5,00 " " 7,50 | 42,0 | 36,0 | 38,4 |
| 7,50 " " 10,00 | 36,3 | 34,0 | 34,9 |
| 10,00 " " 12,00 | 9,9 | 13,0 | 11,8 |
| 12,00 " " 15,00 | 3,2 | 5,3 | 4,5 |
| 15,00 und mehr | 1,2 | 1,4 | 1,3 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 |

1) d. h. ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftswohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

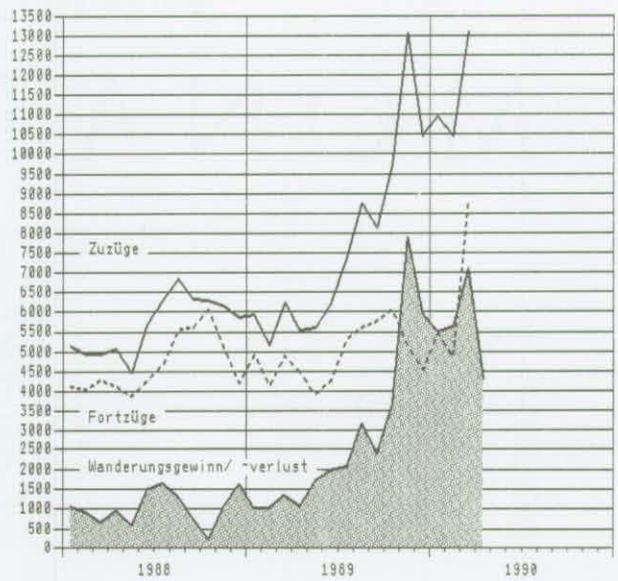
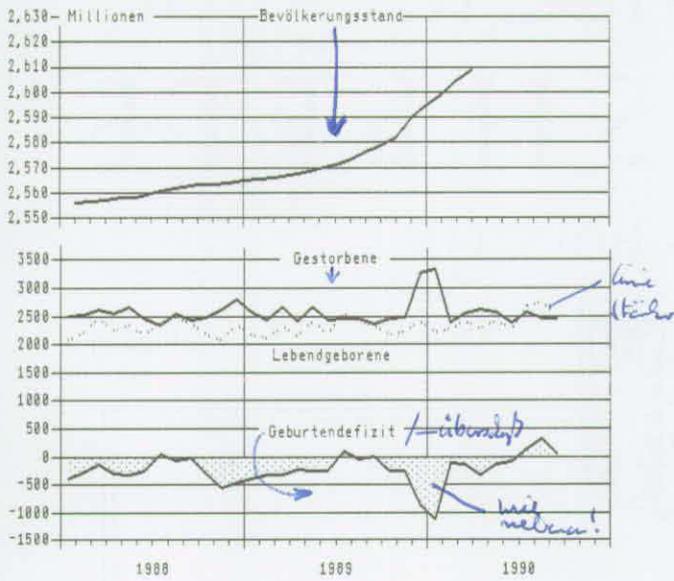
Die Mietpreisklassen I und VII hatten in Schleswig-Holstein nur eine geringe Bedeutung (0,8 % und 1,3 %). Eine Ausnahme bildet Nordfriesland, wo immerhin noch ungefähr jede 23. Mietwohnung (4,4 %) einen Preis von 15 DM und mehr je m² hatte. Reiht man die Gemeinden mit mehr als 50 Mietwohnungen nach der Durchschnittsmiete aller Wohnungen je m², dann belegen die ersten drei Plätze Gemeinden aus Nordfriesland, nämlich die Inselgemeinden Wittdün, Wenningstedt und Sylt-Ost.

Besonders die an Hamburg grenzenden Kreise Stormarn, Segeberg und Pinneberg hatten überdurchschnittliche Mieten zu verzeichnen. In diesen drei Kreisen kostete fast jede dritte Wohnung (30 %) mindestens 10 DM, im Land 18 %. Das mangelnde Angebot in Hamburg und das Ausweichen der Nachfrage auf die Umgebung der Hansestadt spielen eine wichtige Rolle. Die große Bedeutung Hamburgs für Schleswig-Holstein ist auch in diesem Falle offenbar geworden.

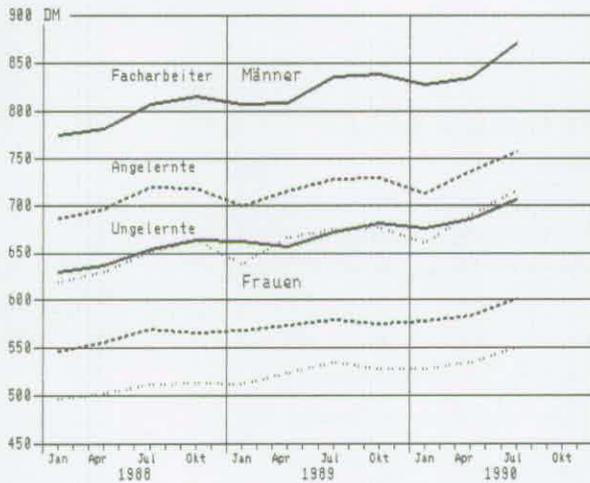
Thomas Borck

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsveränderung

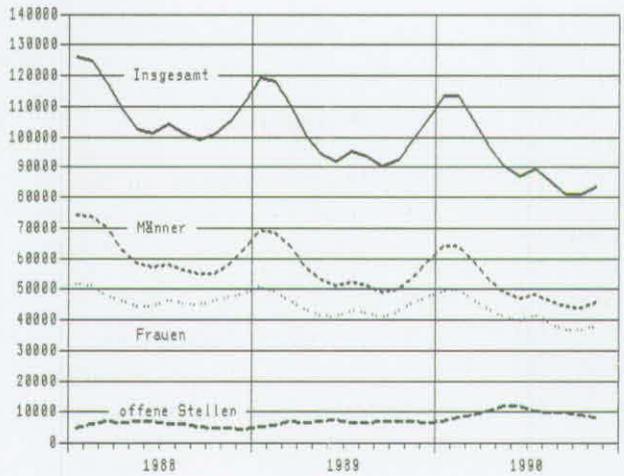
D.5867-A Stat. LA S-H



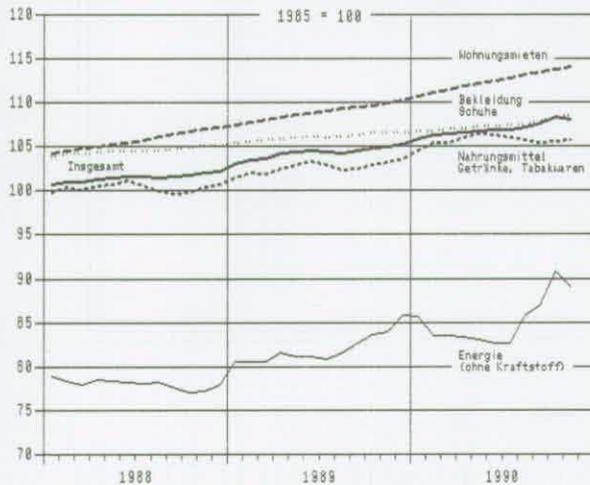
Bruttowochenverdienste



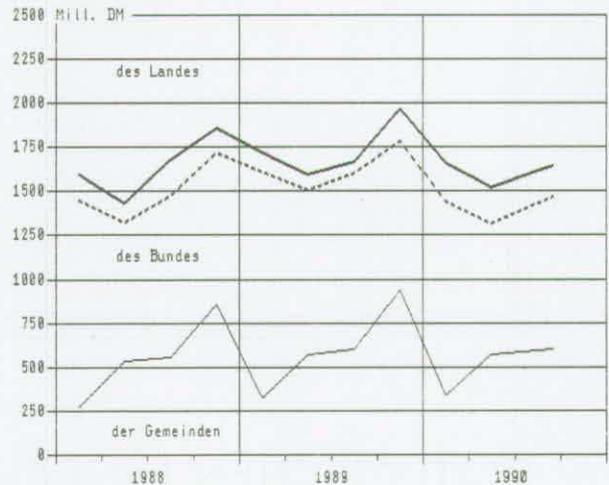
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

Januar 1949

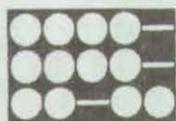
1. Jahrgang



INHALT

| Seite | Seite |
|--|---|
| Vorbemerkung 1 | Erste Ergebnisse der Schulstatistik 1948 15 |
| Das Aufkommen an Reichsteuern im Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und anderen Ländern 2 | Die Witterung in Schleswig-Holstein im Dezember 1948 . 18 |
| Die Wanderungsbewegung in Schleswig-Holstein in den Monaten Juni bis Oktober 1948 10 | Übersicht über den Inhalt der bisherigen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts . 19 |
| Statistische Monatszahlen . . . 21 | |

Herausgegeben vom
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



Zahlenbeilage

| | |
|--------------------------------|----|
| <i>Daten zur Konjunktur</i> | 2 |
| <i>Jahreszahlen</i> | 4 |
| <i>Zahlenspiegel</i> | 6 |
| <i>Kreiszahlen</i> | 11 |
| <i>Zahlen für Bundesländer</i> | 12 |

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

| | | Jüngster Monat | | Monatsdurchschnitt | |
|---|------------------------------------|----------------|--|---------------------------|--|
| | | absolut | Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in % | absolut | Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in % |
| VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾ | | | | | |
| | | November 1990 | | Januar bis November 1990 | |
| Beschäftigte | 1 000 | 181 | + 5,2 | 177 | + 4,6 |
| Geleistete Arbeiterstunden | Mill. Stunden | 18 | + 6,7 | 16 | + 4,8 |
| Lohn- und Gehaltssumme | Mill. DM | 902 | + 8,0 | 688 | + 9,7 |
| Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. DM | 4 411 | + 18,2 | 3 769 | + 11,4 |
| Inlandsumsatz | Mill. DM | 3 466 | + 20,9 | 2 924 | + 13,9 |
| Auslandsumsatz | Mill. DM | 944 | + 9,4 | 846 | + 3,4 |
| Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige | Mill. DM | 2 691 | - 17,1 | 2 233 | - 2,7 |
| aus dem Inland | Mill. DM | 1 565 | + 1,7 | 1 500 | + 4,2 |
| aus dem Ausland | Mill. DM | 1 126 | - 34,0 | 733 | - 14,3 |
| Energieverbrauch | 1 000 t SKE | . | . | . | . |
| BAUHAUPTGEWERBE²⁾ | | | | | |
| Beschäftigte | 1 000 | 43 | + 6,6 | 42 | + 5,0 |
| Geleistete Arbeitsstunden | Mill. Stunden | 5 | + 4,1 | 5 | + 5,2 |
| Lohn- und Gehaltssumme | Mill. DM | 199 | + 21,2 | 133 | + 13,3 |
| Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. DM | 609 | + 17,8 | 453 | + 18,1 |
| Auftragseingang ³⁾ | Mill. DM | 254 | + 5,4 | 282 | + 18,1 |
| BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾ | | | | | |
| Wohnbau | Wohnungen | 954 | + 62,2 | 1 002 | + 51,6 |
| Nichtwohnbau | 1 000 m ³ umbauter Raum | 568 | + 39,6 | 591 | + 5,3 |
| EINZELHANDEL | | | | | |
| | | Oktober 1990 | | Januar bis Oktober 1990 | |
| Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) | Meßziffer 1986 = 100 | 136,9 | + 17,7 | 125,8 | + 11,8 |
| GASTGEWERBE | | | | | |
| Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) | Meßziffer 1986 = 100 | 114,1 | + 9,1 | 121,0 | + 5,3 |
| FREMDENERKEHR⁵⁾ | | | | | |
| Ankünfte | 1 000 | 348 | + 13,4 | 343 | + 9,8 |
| Übernachtungen | 1 000 | 1 544 | + 15,2 | 1 811 | + 9,7 |
| ARBEITSMARKT | | | | | |
| | | November 1990 | | Januar bis November 1990 | |
| Arbeitslose | Anzahl | 83 545 | - 15,8 | 94 302 | - 6,7 |
| AUSSENHANDEL | | | | | |
| | | September 1990 | | Januar bis September 1990 | |
| Ausfuhr | Mill. DM | 760,5 | - 23,8 | 989,9 | - 4,8 |
| KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾ | | | | | |
| | | Oktober 1990 | | Januar bis Oktober 1990 | |
| kurzfristige Kredite | Mill. DM | 10 163 | + 8,5 | 9 931 | + 10,3 |
| mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾ | Mill. DM | 52 816 | + 2,3 | 52 306 | + 2,8 |

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

| | | Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % | | | | | | | | | | | | |
|---|------|--|--------------|--------------|---------------|--------------|---------------|-------------|--------------|--------------|--------------|---------------|--------------|--------------|
| | | Januar bis Dez. 1989 | Dez. 1989 | Jan. 1990 | Febr. 1990 | März 1990 | April 1990 | Mai 1990 | Juni 1990 | Juli 1990 | Aug. 1990 | Sept. 1990 | Okt. 1990 | Nov. 1990 |
| VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾ | | | | | | | | | | | | | | |
| Beschäftigte | Land | + 2,4 | + 3,1 | + 3,2 | + 3,7 | + 4,0 | + 4,1 | + 4,6 | + 4,5 | + 4,7 | + 5,0 | + 5,4 | + 5,9 | + 5,2 |
| | Bund | + 1,4 | + 2,1 | + 2,7 | + 2,8 | + 2,7 | + 2,8 | + 2,8 | + 2,7 | + 2,7 | + 2,7 | pt 2,8 | ... | ... |
| Geleistete Arbeiterstunden | Land | + 0,3 | - 1,8 | + 1,3 | + 4,4 | + 8,0 | - 0,0 | + 9,0 | + 1,5 | + 2,6 | + 8,0 | + 4,9 | + 6,2 | + 6,7 |
| | Bund | + 0,5 | - 3,2 | + 1,7 | + 2,3 | + 4,9 | - 2,8 | + 10,2 | - 6,3 | + 4,6 | + 2,7 | p- 0,3 | ... | ... |
| Lohn- und Gehaltssumme | Land | + 5,7 | + 4,5 | + 8,7 | + 6,7 | + 7,1 | + 8,0 | + 10,7 | + 11,4 | + 13,2 | + 9,9 | + 11,1 | + 12,9 | + 8,0 |
| | Bund | + 5,1 | + 2,9 | + 8,8 | + 7,1 | + 5,4 | + 6,9 | + 9,9 | + 7,8 | + 8,4 | + 7,7 | pt 6,5 | ... | ... |
| Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Land | + 6,9 | - 3,7 | + 7,0 | + 13,2 | + 8,3 | + 7,3 | + 4,4 | + 6,2 | + 12,8 | + 21,3 | + 11,9 | + 14,4 | + 18,2 |
| | Bund | + 8,4 | + 5,6 | + 10,7 | + 6,8 | + 9,6 | - 1,8 | + 14,2 | - 2,5 | + 10,3 | + 8,9 | pt 5,6 | ... | ... |
| Inlandsumsatz | Land | + 6,9 | + 0,3 | + 7,2 | + 12,2 | + 8,1 | + 6,1 | + 5,0 | + 9,3 | + 18,8 | + 23,3 | + 21,3 | + 19,4 | + 20,9 |
| | Bund | + 7,5 | + 6,7 | + 11,1 | + 8,1 | + 9,5 | - 1,8 | + 15,0 | - 0,2 | + 13,5 | + 12,9 | pt 9,0 | ... | ... |
| Auslandsumsatz | Land | + 6,7 | - 15,5 | + 6,6 | + 16,5 | + 8,9 | + 10,9 | + 2,4 | - 3,0 | - 6,2 | + 14,0 | - 14,0 | - 0,7 | + 9,4 |
| | Bund | + 10,4 | + 3,1 | + 9,8 | + 4,1 | + 9,8 | - 1,6 | + 12,6 | - 7,3 | + 2,9 | - 0,5 | p- 2,3 | ... | ... |
| Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige | Land | + 15,2 | + 3,9 | - 8,9 | + 1,8 | + 23,5 | - 0,5 | + 21,0 | - 20,7 | + 5,6 | - 12,6 | - 2,0 | - 3,5 | - 17,1 |
| | Bund | + 11,1 | + 3,4 | + 7,7 | + 5,0 | + 7,9 | - 2,8 | + 12,4 | - 5,2 | + 10,3 | + 11,7 | + 6,3 | ... | ... |
| aus dem Inland | Land | + 16,0 | + 8,0 | - 8,5 | + 3,9 | + 5,8 | + 3,3 | + 31,4 | - 23,1 | + 11,5 | - 1,2 | + 26,4 | + 6,5 | + 1,7 |
| | Bund | + 10,8 | + 4,1 | + 8,6 | + 5,7 | + 3,7 | - 1,8 | + 17,1 | - 3,3 | + 14,3 | pt 20,3 | + 10,6 | ... | ... |
| aus dem Ausland | Land | + 15,5 | - 4,0 | - 9,7 | - 2,1 | + 55,9 | - 7,8 | + 0,1 | - 15,0 | - 6,7 | - 31,4 | - 37,6 | - 23,5 | - 34,0 |
| | Bund | + 11,5 | + 2,3 | + 6,3 | + 3,8 | + 15,1 | - 4,4 | + 4,9 | - 8,5 | + 3,4 | r- 2,8 | - 1,1 | ... | ... |
| Energieverbrauch (vierteljährlich) | Land | - 6,3 | ----- | '----- | + 4,9 | ----- | '----- | + 3,5 | ----- | '----- | + 24,2 | ----- | '----- | ... |
| | Bund | - 0,7 | ----- | '----- | - 0,1 | ----- | '----- | - 1,5 | ----- | '----- | ... | ----- | '----- | ... |
| BAUHAUPTGEWERBE²⁾ | | | | | | | | | | | | | | |
| Beschäftigte | Land | + 0,1 | + 1,8 | + 1,1 | + 1,4 | + 6,3 | + 5,4 | + 5,0 | + 5,1 | + 5,6 | + 5,7 | + 5,9 | + 6,2 | + 6,6 |
| | Bund | + 0,3 | + 1,0 | + 2,0 | + 2,5 | + 2,3 | + 1,5 | + 1,4 | + 1,4 | + 1,6 | + 1,6 | pt 1,7 | ... | ... |
| Geleistete Arbeitsstunden | Land | + 1,8 | - 1,8 | - 4,3 | + 0,9 | + 17,5 | + 4,0 | + 14,6 | - 3,1 | + 7,2 | + 8,9 | - 2,6 | + 10,0 | + 4,1 |
| | Bund | + 1,7 | - 5,8 | - 0,9 | + 3,0 | + 10,3 | - 2,7 | + 13,1 | - 11,5 | + 6,9 | - 2,6 | p- 3,5 | ... | ... |
| Lohn- und Gehaltssumme | Land | + 4,7 | + 1,3 | + 6,8 | + 4,8 | + 11,6 | + 18,3 | + 15,1 | + 8,4 | + 16,2 | + 12,4 | + 7,5 | + 18,0 | + 21,2 |
| | Bund | + 5,3 | + 0,4 | + 6,9 | + 7,2 | + 7,8 | + 11,4 | + 10,9 | + 5,0 | + 11,9 | + 6,7 | pt 5,5 | ... | ... |
| Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Land | + 7,5 | + 0,9 | - 0,3 | + 4,7 | + 17,9 | + 24,6 | + 28,6 | + 7,1 | + 21,7 | + 34,1 | + 13,6 | + 20,9 | + 17,8 |
| | Bund | + 7,5 | + 2,5 | + 9,1 | + 11,9 | + 13,2 | + 10,0 | + 24,4 | + 1,9 | + 13,1 | + 12,0 | ... | ... | ... |
| Auftragseingang ³⁾ | Land | + 5,5 | + 16,9 | + 7,6 | + 39,6 | + 28,3 | + 49,7 | + 6,6 | + 12,3 | + 7,3 | + 18,2 | + 23,5 | + 22,9 | + 5,4 |
| | Bund | + 13,9 | + 24,1 | + 29,0 | + 29,4 | + 20,9 | + 8,4 | + 15,4 | + 11,7 | + 11,6 | + 9,0 | pt 8,6 | ... | ... |
| BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾ | | | | | | | | | | | | | | |
| Wohnbau (Wohnungen) | Land | + 12,6 | + 12,6 | + 61,2 | + 63,4 | + 85,5 | + 30,3 | + 85,4 | + 9,8 | + 54,5 | + 42,5 | + 61,9 | + 37,3 | + 62,2 |
| | Bund | + 29,5 | + 65,4 | + 52,2 | + 39,8 | + 61,6 | + 38,2 | + 40,2 | + 33,4 | + 33,0 | ... | ... | ... | ... |
| Nichtwohnbau (Umbauter Raum) | Land | + 8,2 | + 8,2 | + 102,4 | + 33,5 | + 39,0 | + 9,7 | + 81,2 | - 25,8 | + 11,2 | - 46,2 | - 33,3 | + 17,7 | + 39,6 |
| | Bund | + 12,6 | + 48,2 | + 35,5 | + 5,0 | + 40,8 | + 3,4 | + 3,1 | - 7,0 | + 2,4 | ... | ... | ... | ... |
| EINZELHANDEL | | | | | | | | | | | | | | |
| Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) | Land | + 5,4 | pt 3,4 | pt 9,6 | pt 7,7 | pt 6,0 | pt 10,4 | pt 9,7 | pt 7,2 | pt 18,6 | pt 20,1 | pt 10,4 | pt 17,7 | ... |
| | Bund | + 4,8 | pt 1,5 | pt 8,5 | pt 7,3 | pt 7,0 | pt 6,9 | pt 11,6 | pt 3,9 | pt 16,9 | pt 15,4 | pt 11,5 | pt 14,8 | ... |
| GASTGEWERBE | | | | | | | | | | | | | | |
| Umsatz (einschl. Umsatzsteuer) | Land | + 4,1 | pt 8,7 | pt 2,4 | pt 4,1 | p- 6,5 | pt 15,4 | p- 1,2 | pt 8,6 | pt 4,2 | pt 10,0 | pt 4,6 | pt 9,1 | ... |
| | Bund | + 4,0 | pt 3,3 | pt 3,3 | pt 6,2 | pt 2,6 | pt 4,2 | pt 7,1 | pt 5,1 | pt 5,1 | pt 7,4 | pt 3,3 | ... | ... |
| FREMDEVERKEHR⁵⁾ | | | | | | | | | | | | | | |
| Ankünfte | Land | + 8,0 | + 17,5 | + 7,7 | + 11,9 | - 9,8 | + 22,9 | pt 3,8 | pt 14,3 | pt 2,8 | pt 12,6 | pt 9,0 | + 13,4 | ... |
| | Bund | ... | + 12,3 | + 6,8 | + 3,6 | + 5,4 | + 3,1 | + 10,4 | + 7,8 | + 7,3 | + 8,0 | ... | ... | ... |
| Übernachtungen | Land | + 2,7 | + 13,4 | + 1,8 | + 10,9 | - 24,0 | + 39,6 | pt 2,7 | pt 18,5 | pt 4,6 | pt 5,4 | pt 10,8 | + 15,2 | ... |
| | Bund | ... | + 7,6 | + 1,7 | - 0,2 | - 4,8 | + 12,9 | + 5,1 | + 9,1 | + 3,4 | + 3,0 | ... | ... | ... |
| ARBEITSMARKT | | | | | | | | | | | | | | |
| Arbeitslose | Land | - 7,0 | - 4,9 | - 4,9 | - 3,6 | - 4,3 | - 3,8 | - 4,6 | - 5,7 | - 6,3 | - 8,9 | - 10,0 | - 12,7 | - 15,8 |
| | Bund | - 9,1 | - 6,3 | - 6,1 | - 6,6 | - 7,6 | - 5,9 | - 6,4 | - 5,6 | + 5,5 | - 6,6 | - 8,1 | - 9,9 | - 13,6 |
| AUSSENHANDEL | | | | | | | | | | | | | | |
| Ausfuhr | Land | + 13,2 | - 1,4 | - 15,0 | + 16,8 | + 1,4 | - 0,1 | + 13,3 | - 21,8 | - 4,7 | + 0,7 | - 23,8 | ... | ... |
| | Bund | + 12,9 | - 4,0 | + 10,9 | + 3,3 | + 10,5 | - 1,9 | + 9,3 | - 16,9 | + 4,6 | - 0,6 | - 8,5 | ... | ... |
| KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾ | | | | | | | | | | | | | | |
| kurzfristige Kredite | Land | + 3,6 | + 6,8 | + 10,2 | + 11,3 | + 12,7 | + 11,2 | + 10,5 | + 12,5 | + 8,9 | + 9,6 | + 8,1 | + 8,5 | ... |
| | Bund | + 8,3 | + 10,6 | + 12,3 | + 12,2 | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... |
| mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾ | Land | + 3,2 | + 3,4 | + 3,2 | + 3,3 | + 3,1 | + 3,1 | + 3,1 | + 2,7 | + 2,6 | + 2,6 | + 2,1 | + 2,3 | ... |
| | Bund | + 5,9 | + 6,9 | + 7,1 | + 7,3 | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... |

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

6) Land: an inländische Unternehmen und Private } ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private }

7) einschließlich durchlaufender Kredite

Bund: Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. 10. 1990

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

| Jahr | Bevölkerung | | | | | Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾ | | | | | | |
|-------------------|----------------------------------|--------------------|---------------------|-------------------|---|---|----------------|--------------------------------------|--------------------------------|--------------------------|---------------------------------|----------|
| | Einwohner (Jahres- mittel) | Heirats- ziffer | Geburten- ziffer | Sterbe- ziffer | Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-) | Wanderungs- gewinn | ins- gesamt | Land- und Forst- wirtschaft | produzie- rendes Gewerbe | Handel und Verkehr | Übrige Dienst- leistungen | |
| | | | | | | | | | | | | in 1 000 |
| 1985 | 2 614 | 5,8 | 8,8 | 12,0 | - 8 | 9 | 1 146 | 60 | 351 | 244 | 492 | |
| 1986 | 2 613 | 6,0 | 9,4 | 11,9 | - 6 | 5 | 1 151 | 58 | 342 | 234 | 518 | |
| 1987 ^a | 2 554 | 6,4 | 10,2 | 12,1 | - 5 | 5 | 1 155 | 62 | 336 | 247 | 511 | |
| 1988 | 2 560 | 6,7 | 10,7 | 11,9 | - 3 | 12 | 1 135 | 57 | 339 | 235 | 505 | |
| 1989 | 2 574 | 6,7 | 10,6 | 11,9 | - 3 | 33 | 1 166 | 52 | 349 | 242 | 523 | |

| Jahr | Öffentliche allgemeinbildende Schulen | | | | | | | | | Bruttoinlandsprodukt ²⁾ | | | | |
|------|---------------------------------------|--------------------|------------------|-----------------------------|---|--|------------------------------|----------------------------|--|------------------------------------|---------------------------------------|----------|---------------------------------------|---|
| | Schüler im September in | | | von 100 Schülern erreichten | | | in jeweiligen Preisen | | | in Preisen von 1980 | | | | |
| | Grund- und Haupt- schulen | Sonder- schulen | Real- schulen | Gym- nasien | Inte- grierten Gesamt- schulen | weniger als Haupt- schul- abschluß | Haupt- schul- abschluß | mitt- leren Abschluß | Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife | Mill. DM | jährliche Zuwachs- rate in % | Mill. DM | jährliche Zuwachs- rate in % | je Erwerbs- tätigen Bund = 100 |
| 1985 | 144 | 14 | 62 | 73 | 2 | 10 | 37 | 32 | 21 | 63 993 | 2,5 | 55 218 | 0,2 | 94 |
| 1986 | 137 | 13 | 58 | 70 | 2 | 10 | 35 | 33 | 23 | 67 584 | 5,6 | 56 806 | 2,9 | 95 |
| 1987 | 133 | 13 | 53 | 67 | 2 | 10 | 33 | 32 | 25 | 69 484 | 2,8 | 57 313 | 0,9 | 94 |
| 1988 | 132 | 12 | 50 | 64 | 2 | 10 | 33 | 31 | 26 | 72 670 | 4,6 | 59 053 | 3,0 | 93 |
| 1989 | 133 | 12 | 48 | 62 | 2 | . | . | . | . | 76 042 | 4,6 | 60 034 | 1,7 | 91 |

| Jahr | Landwirtschaft | | | | | | | | | | | |
|-----------|-------------------------------------|-----|----------|----------------------|--|----------|---------|--------------------------|----------|-------------------|------------------|--|
| | Viehbestand am 3. 12. | | | | Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾ | | | Kuhmilcherzeugung | | Ernten in 1 000 t | | |
| | Rinder | | Schweine | Hühner ⁴⁾ | Rinder | Schweine | 1 000 t | kg je Kuh und Jahr | Getreide | Kartoffeln | Zucker- rüben | |
| insgesamt | darunter Milchkühe ³⁾ | | | | | | | | | | | |
| 1985 | 1 592 | 526 | 1 743 | 2 995 | 549 | 2 944 | 2 600 | 4 853 | 2 240 | 178 | 776 | |
| 1986 | 1 540 | 514 | 1 718 | 3 214 | 547 | 2 759 | 2 612 | 5 020 | 2 437 | 152 | 769 | |
| 1987 | 1 497 | 480 | 1 632 | . | 530 | 2 648 | 2 388 | 4 802 | 2 132 | 121 | 494 | |
| 1988 | 1 481 | 481 | 1 540 | 3 069 | 479 | 2 580 | 2 371 | 4 930 | 2 487 | 113 | 757 | |
| 1989 | 1 491 | 480 | 1 451 | . | 449 | 2 331 | 2 411 | 5 014 | 1 342 | 141 | 753 | |

| Jahr | Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾ | | | | | | | | | | Bauhaupt- gewerbe | |
|------|--------------------------------------|----------|-------------------------------------|----------------------------|----------|-------------------------------|---------------------|------------------|---------------------------|-----|----------------------|---------------------|
| | Beschäftigte (Monatsdurchschnitt) | | Arbeiter- stunden in Mill. | Löhne | Gehälter | Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | | Energieverbrauch | | | | |
| | insgesamt | Arbeiter | | | | ins- gesamt | Auslands- umsatz | Kohle | Heizöl | Gas | | Strom ⁷⁾ |
| | in 1 000 | | | Bruttosumme in Mill. DM | | Mill. DM | | | 1 000 t SKE ⁸⁾ | | | |
| 1985 | 166 | 114 | 192 | 3 829 | 2 597 | 36 550 | 7 873 | 200 | 1 207 | 556 | 318 | 42 |
| 1986 | 167 | 114 | 199 | 3 945 | 2 749 | 35 650 | 7 867 | 180 | 965 | 501 | 319 | 41 |
| 1987 | 164 | 112 | 183 | 3 973 | 2 869 | 35 945 | 8 097 | 169 | 1 299 | 562 | 333 | 41 |
| 1988 | 165 | 112 | 185 | 4 133 | 3 029 | 38 335 | 9 212 | 164 | 1 258 | 654 | 354 | 40 |
| 1989 | 169 | 114 | 186 | 4 325 | 3 245 | 40 969 | 9 833 | 175 | 1 061 | 676 | 365 | 40 |

1) Ergebnis der Volkszählung

2) ab 1987 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

| Jahr | Wohnungswesen | | | | Ausfuhr | | | | Fremdenverkehr ³⁾ | | | |
|------|--|------------------------------|---------------------------------|-------------------------------|----------------------|---------------------|---------------------|--|------------------------------|----------------|----------------|---------------------|
| | zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000 | fertiggestellte Wohnungen 1) | | Bestand an Wohnungen in 1 000 | insgesamt | in EG-Länder | in Länder der EFTA | von Gütern der gewerblichen Wirtschaft | Ankünfte | | Übernachtungen | |
| | | insgesamt in 1 000 | im sozialen Wohnungsbau 2) in % | | | | | | insgesamt | Auslands-gäste | insgesamt | von Auslands-gästen |
| | | | | | | | | | | | | |
| 1985 | 8 | 10 | 21 | 1 181 | 10 033 | 4 639 | 1 313 | 8 475 | 2 940 | 321 | 16 322 | 583 |
| 1986 | 8 | 9 | 32 | 1 190 | 9 574 | 4 776 | 1 434 | 8 007 | 3 096 | 380 | 17 076 | 698 |
| 1987 | 7 | 7 | 29 | 1 133 ^{a)} | 10 156 | 4 858 | 1 521 | 8 614 | 3 088 | 378 | 17 137 | 709 |
| 1988 | 7 | 7 | 24 | 1 141 | 11 087 | 5 492 | 1 724 | 9 277 | 3 193 | 379 | 17 181 | 724 |
| 1989 | 8 | 8 | ... | ... | 12 555 ^{b)} | 6 169 ^{b)} | 1 898 ^{b)} | 10 337 ^{b)} | 3 448 | 444 | 17 650 | 866 |

| Jahr | Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. | | | | Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden | | | | Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM | Sozialhilfe | | | Kriegs-opfer fürsorge |
|------|------------------------------------|-------------|-------------------|-----|--|----------|-----------|---------------------------|--|---------------------|--------------------|---------------------|-----------------------|
| | insgesamt | Kraft-räder | Pkw ⁵⁾ | Lkw | Unfälle | Getötete | Verletzte | Hilfe zum Lebensunterhalt | | | | | |
| | | | | | | | | insgesamt | | Aufwand in Mill. DM | Empfänger in 1 000 | Aufwand in Mill. DM | |
| | | | | | | | | | | | | | |
| 1985 | 1 265 | 54 | 1 067 | 54 | 16 270 | 377 | 20 714 | 17 830 | 1 005,1 | 391,7 | 84,8 ^{c)} | 66,9 | |
| 1986 | 1 305 | 54 | 1 107 | 53 | 16 751 | 371 | 21 591 | 19 119 | 1 137,7 | 459,4 | 100,1 | 71,7 | |
| 1987 | 1 338 | 52 | 1 140 | 53 | 15 808 | 337 | 20 383 | 20 150 | 1 222,7 | 486,3 | 99,9 | 72,2 | |
| 1988 | 1 376 | 51 | 1 177 | 54 | 17 106 | 372 | 21 989 | 20 736 | 1 311,1 | 514,9 | 106,7 | 77,7 | |
| 1989 | 1 419 | 51 | 1 218 | 55 | 16 786 | 344 | 21 619 | 20 080 | 1 420,4 | 566,9 | ... | 82,8 | |

| Jahr | Steuern | | | | | | | | Fundierte Schulden | | | |
|------|---|------------|---------------|--------------------|-----------------------|-------------|-----------------------------|--------------------|--|------------|---------------------------------------|---------------|
| | Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung | | | Steuern vom Umsatz | Steuern vom Einkommen | | | Ver-brauch-steuern | Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital | des Landes | der Gemeinden und Gemeindeverbände 7) | |
| | des Bundes | des Landes | der Gemeinden | | insgesamt | Lohn-steuer | veranlagte Einkommen-steuer | | | | insgesamt | Kredit-mittel |
| | | | | | | | | | | | | |
| 1985 | 4 990 | 5 755 | 1 950 | 2 640 | 6 154 | 4 425 | 978 | 466 | 776 | 14 648 | 2 993 | 2 287 |
| 1986 | 5 322 | 6 074 | 2 041 | 2 950 | 6 425 | 4 496 | 998 | 480 | 774 | 15 538 | 3 131 | 2 423 |
| 1987 | 5 605 | 6 197 | 2 077 | 3 245 | 6 690 | 4 850 | 1 029 | 471 | 763 | 17 047 | 3 241 | 2 509 |
| 1988 | 5 952 | 6 554 | 2 231 | 3 467 | 7 144 | 5 005 | 1 214 | 460 | 884 | 18 204 | 3 490 | 2 732 |
| 1989 | 6 480 | 6 937 | 2 445 | 3 681 | 7 899 | 5 396 | 1 398 | 491 | 952 | 18 836 | 3 619 | 2 857 |

| Jahr | Preisindizes im Bundesgebiet | | | | | Löhne und Gehälter | | | | | | |
|------|----------------------------------|--|-----------------------------|---|---------------------------------------|---------------------------------|--------|--|------------------------|------------------------|-----------------------------------|-------|
| | Erzeugerpreise ⁸⁾ | | für Wohn-gebäude 1980 = 100 | Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100 | | Industriearbeiter ⁹⁾ | | Angestellte in Industrie 9) und Handel | | | öffentlicher Dienst | |
| | gewerblicher Produkte 1985 = 100 | landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100 | | insgesamt | Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren | Bruttowochenlohn | | Bruttomonatsgehalt | | | Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾ | |
| | | | | | | Männer | Frauen | kaufmännische Angestellte | technische Angestellte | Beamte A 9 (Inspektor) | Angestellte BAT VIII (Bürokräft) | |
| 1985 | 100,0 | 100,0 | 114,5 | 100,0 | 100,0 | 699 | 481 | 3 610 | 2 456 | 4 186 | 3 388 | 2 530 |
| 1986 | 97,5 | 94,3 | 116,2 | 99,9 | 100,6 | 715 | 496 | 3 699 | 2 509 | 4 304 | 3 505 | 2 616 |
| 1987 | 95,1 | 91,7 | 118,6 | 100,1 | 100,1 | 735 | 515 | 3 845 | 2 606 | 4 466 | 3 622 | 2 703 |
| 1988 | 96,3 | 91,8 | 121,2 | 101,4 | 100,3 | 764 | 536 | 3 986 | 2 708 | 4 631 | 3 708 | 2 767 |
| 1989 | 99,3 | 99,8 | 125,5 | 104,2 | 102,6 | 786 | 552 | 4 126 | 2 823 | 4 779 | 3 759 | 2 805 |

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987 b) vorläufige Ergebnisse c) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

| | | 1988 | 1989 | 1989 | | | 1990 | | | |
|--|---------------------------|-------------------------|--------------------|---------|---------|---------|-------|-------|------|------|
| | | Monats- durchschnitt | Sept. | Okt. | Nov. | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | |
| BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT | | | | | | | | | | |
| BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE | 1 000 | 2 560 | 2 574 | 2 578 | 2 582 | 2 590 | ... | ... | ... | ... |
| NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG | | | | | | | | | | |
| Eheschließungen | Anzahl | 1 439 | 1 437 | 2 031 | 1 343 | 932 | 2 418 | 1 835 | ... | ... |
| | je 1 000 Einw. und 1 Jahr | 6,7 | 6,7 | 9,6 | 6,1 | 4,4 | ... | ... | ... | ... |
| Lebendgeborene | Anzahl | 2 276 | 2 281 | 2 337 | 2 180 | 2 226 | 2 756 | 2 478 | ... | ... |
| | je 1 000 Einw. und 1 Jahr | 10,6 | 10,6 | 11,0 | 10,0 | 10,5 | ... | ... | ... | ... |
| Gestorbene (ohne Totgeborene) | Anzahl | 2 535 | 2 546 | 2 348 | 2 449 | 2 478 | 2 449 | 2 445 | ... | ... |
| | je 1 000 Einw. und 1 Jahr | 11,9 | 11,9 | 11,1 | 11,2 | 11,7 | ... | ... | ... | ... |
| darunter im ersten Lebensjahr | Anzahl | 15 | 15 | 16 | 15 | 12 | 13 | 13 | ... | ... |
| | je 1 000 Lebendgeborene | 6,6 | 6,6 | 6,8 | 6,9 | 5,4 | 4,7 | 5,2 | ... | ... |
| Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-) | Anzahl | - 259 | - 264 | - 11 | - 269 | - 252 | + 307 | + 33 | ... | ... |
| | je 1 000 Einw. und 1 Jahr | - 1,2 | - 1,2 | - 0,1 | - 1,2 | - 1,2 | ... | ... | ... | ... |
| WANDERUNGEN | | | | | | | | | | |
| Über die Landesgrenze Zugezogene | Anzahl | 5 671 | 7 672 | 8 123 | 9 719 | 13 042 | ... | ... | ... | ... |
| Über die Landesgrenze Fortgezogene | Anzahl | 4 638 | 4 904 | 5 746 | 6 038 | 5 148 | ... | ... | ... | ... |
| Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-) | Anzahl | + 1 033 | + 2 768 | + 2 377 | + 3 681 | + 7 894 | ... | ... | ... | ... |
| innerhalb des Landes Umgezogene 1) | Anzahl | 8 977 | 9 121 | 9 814 | 10 064 | 10 205 | ... | ... | ... | ... |
| Wanderungsfälle | Anzahl | 19 286 | 21 697 | 23 683 | 25 821 | 28 395 | ... | ... | ... | ... |
| ARBEITSLAGE | | | | | | | | | | |
| Arbeitslose (Monatsende) | 1 000 | 109 | 101 | 90 | 92 | 99 | 85 | 81 | 81 | 84 |
| darunter Männer | 1 000 | 61 | 57 | 49 | 50 | 54 | 46 | 44 | 44 | 46 |
| Kurzarbeiter (Monatsmitte) | 1 000 | 8,2 | 6,5 | 1,5 | 1,8 | 3,2 | 0,6 | 0,7 | 0,8 | 1,3 |
| darunter Männer | 1 000 | 7,2 | 5,8 | 1,2 | 1,4 | 2,7 | 0,5 | 0,6 | 0,7 | 1,2 |
| Offene Stellen (Monatsende) | 1 000 | 5,7 | 6,5 | 7,0 | 7,0 | 6,9 | 9,6 | 9,7 | 8,9 | 8,1 |
| LANDWIRTSCHAFT | | | | | | | | | | |
| VIHBESTAND | | | | | | | | | | |
| Rindvieh (einschließlich Kälber) | 1 000 | 1 481 ^a | 1 491 ^a | . | . | . | . | . | . | . |
| darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe) | 1 000 | 481 ^a | 480 ^a | . | . | . | . | . | . | . |
| Schweine | 1 000 | 1 540 ^a | 1 451 ^a | . | . | . | 1 497 | . | . | . |
| darunter Zuchtsauen | 1 000 | 151 ^a | 144 ^a | . | . | . | 145 | . | . | . |
| darunter trächtig | 1 000 | 103 ^a | 99 ^a | . | . | . | 100 | . | . | . |
| SCHLACHTUNGEN²⁾ | | | | | | | | | | |
| Rinder (ohne Kälber) | 1 000 St. | 43 | 41 | 43 | 64 | 59 | 55 | 62 | 79 | 71 |
| Kälber | 1 000 St. | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Schweine | 1 000 St. | 212 | 189 | 177 | 189 | 191 | 242 | 203 | 226 | 227 |
| darunter Hausschlachtungen | 1 000 St. | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 |
| SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾ | | | | | | | | | | |
| (ohne Geflügel) | 1 000 t | 30,9 | 29,0 | 29,1 | 37,6 | 35,0 | 38,9 | 37,7 | 44,5 | 41,5 |
| darunter Rinder (ohne Kälber) | 1 000 t | 13,0 | 12,7 | 13,8 | 21,0 | 18,4 | 17,0 | 19,3 | 23,9 | 20,7 |
| Kälber | 1 000 t | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| Schweine | 1 000 t | 17,6 | 16,0 | 14,9 | 16,2 | 16,3 | 21,6 | 18,0 | 20,1 | 20,1 |
| DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾ | | | | | | | | | | |
| Rinder (ohne Kälber) | kg | 302 | 312 | 320 | 329 | 315 | 308 | 311 | 303 | 296 |
| Kälber | kg | 127 | 131 | 134 | 136 | 135 | 130 | 109 | 120 | 123 |
| Schweine | kg | 84 | 85 | 85 | 86 | 86 | 89 | 89 | 89 | 89 |
| GEFLÜGEL | | | | | | | | | | |
| Eingelegte Bruteier ⁴⁾ | für Legehennenküken | 1 000 | 98 | 99 | . | . | . | . | . | . |
| | für Masthühnerküken | 1 000 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Geflügelfleisch ⁵⁾ | 1 000 kg | 121 | 77 | . | . | . | . | . | . | . |
| MILCHERZEUGUNG | | | | | | | | | | |
| | 1 000 t | 198 | 201 | 193 | 199 | 187 | 194 | 185 | 190 | 183 |
| darunter an Molkereien und Händler geliefert | % | 95 | 95 | 92 | 93 | 94 | 94 | 92 | 93 | 94 |
| Milchleistung je Kuh und Tag | kg | 13,5 | 13,7 | 13,4 | 13,4 | 12,9 | 13,0 | 12,8 | 12,7 | 12,7 |

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

| | | 1988 | 1989 | 1989 | | | 1990 | | | |
|--|----------------------|--------|--------|-------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | | | | Monats- durchschnitt | Sept. | Okt. | Nov. | Aug. | Sept. | Okt. |
| PRODUZIERENDES GEWERBE | | | | | | | | | | |
| VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾ | | | | | | | | | | |
| Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) | 1 000 | 165 | 169 | 171 | 172 | 172 | 180 | 181 | 182 | 181 |
| darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende | 1 000 | 112 | 114 | 116 | 116 | 116 | 121 | 122 | 123 | 123 |
| Geleistete Arbeiterstunden | 1 000 | 15 433 | 15 483 | 15 797 | 16 494 | 16 577 | 16 299 | 16 570 | 17 519 | 17 688 |
| Lohnsumme | Mill. DM | 344,4 | 360,4 | 351,6 | 360,0 | 471,4 | 409,3 | 391,6 | 413,1 | 514,3 |
| Gehaltssumme | Mill. DM | 252,4 | 270,4 | 257,9 | 259,1 | 363,4 | 284,3 | 285,7 | 285,7 | 387,6 |
| Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige | Mill. DM | 1 956 | 2 274 | 2 524 | 2 391 | 3 246 | 2 042 | 2 473 | 2 308 | 2 691 |
| aus dem Inland | Mill. DM | 1 238 | 1 437 | 1 404 | 1 596 | 1 538 | 1 435 | 1 775 | 1 700 | 1 565 |
| aus dem Ausland | Mill. DM | 718 | 837 | 1 120 | 795 | 1 708 | 606 | 699 | 608 | 1 126 |
| Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. DM | 3 194 | 3 414 | 3 639 | 3 846 | 3 731 | 3 838 | 4 074 | 4 400 | 4 411 |
| Inlandsumsatz | Mill. DM | 2 427 | 2 595 | 2 678 | 2 889 | 2 868 | 3 042 | 3 247 | 3 451 | 3 466 |
| Auslandsumsatz | Mill. DM | 768 | 819 | 961 | 956 | 863 | 796 | 827 | 949 | 944 |
| Kohleverbrauch ²⁾ | 1 000 t SKE | 14 | 15 | . | . | . | . | . | . | . |
| Gasverbrauch ³⁾ | Mill. m ³ | 45,4 | 47,0 | . | . | . | . | . | . | . |
| Stadt- und Kokereigas | Mill. m ³ | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Erd- und Erdölgas | Mill. m ³ | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Heizölverbrauch ⁴⁾ | 1 000 t | 75 | 63 | . | . | . | . | . | . | . |
| leichtes Heizöl | 1 000 t | 7 | 7 | . | . | . | . | . | . | . |
| schweres Heizöl | 1 000 t | 67 | 56 | . | . | . | . | . | . | . |
| Stromverbrauch ⁵⁾ | Mill. kWh | 272 | 281 | 287 | 310 | 306 | 303 | 304 | 324 | 327 |
| Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung) | Mill. kWh | 33 | 34 | 34 | 42 | 43 | 32 | 27 | 44 | 44 |
| Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾ | 1980 = 100 | 113,0 | 115,3 | 112,8 | 119,9 | 126,7 | . | . | . | . |
| BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾ | | | | | | | | | | |
| Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) | Anzahl | 39 301 | 39 744 | 40 781 | 40 540 | 40 392 | 42 932 | 43 183 | 43 065 | 43 047 |
| Geleistete Arbeitsstunden | 1 000 | 4 262 | 4 382 | 4 981 | 5 126 | 4 863 | 5 334 | 4 852 | 5 641 | 5 061 |
| darunter für | | | | | | | | | | |
| Wohnungsbauten | 1 000 | 1 593 | 1 623 | 1 771 | 1 841 | 1 745 | 2 071 | 1 890 | 2 160 | 1 943 |
| gewerbliche und industrielle Bauten | 1 000 | 1 071 | 1 181 | 1 324 | 1 377 | 1 353 | 1 332 | 1 214 | 1 416 | 1 339 |
| Verkehrs- und öffentliche Bauten | 1 000 | 1 522 | 1 493 | 1 763 | 1 807 | 1 680 | 1 764 | 1 592 | 1 829 | 1 604 |
| Lohnsumme | Mill. DM | 91,8 | 97,2 | 102,9 | 105,4 | 136,2 | 123,5 | 109,7 | 125,3 | 164,2 |
| Gehaltssumme | Mill. DM | 18,6 | 19,3 | 18,4 | 18,6 | 27,8 | 21,0 | 20,6 | 21,0 | 34,5 |
| Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. DM | 359,5 | 390,8 | 445,1 | 462,5 | 517,2 | 545,5 | 505,6 | 559,3 | 609,3 |
| Auftragseingang ⁸⁾ | Mill. DM | 224,2 | 236,4 | 273,7 | 262,0 | 240,5 | 310,5 | 338,1 | 322,1 | 253,6 |
| AUSBAUGEWERBE⁹⁾ | | | | | | | | | | |
| Beschäftigte | Anzahl | 7 134 | 7 542 | 7 623 | 8 289 | 8 263 | 8 394 | 8 449 | 8 929 | ... |
| Geleistete Arbeitsstunden | 1 000 | 848 | 896 | 894 | 1 042 | 1 032 | 1 016 | 960 | 1 136 | ... |
| Lohn- und Gehaltssumme | Mill. DM | 19,7 | 21,6 | 20,8 | 23,4 | 28,6 | 27,6 | 24,1 | 27,8 | ... |
| Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. DM | 57,5 | 64,0 | 65,2 | 75,1 | 87,4 | 73,0 | 76,6 | 92,2 | ... |
| ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾ | | | | | | | | | | |
| Stromerzeugung (brutto) | Mill. kWh | 2 299 | 2 185 | 1 482 | 2 010 | 2 401 | 1 747 | ... | ... | ... |
| Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch) | Mill. kWh | 939 | 944 | 872 | 983 | 1 040 | 904 | ... | ... | ... |
| Gaserzeugung (brutto) | Mill. m ³ | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| HANDWERK | | | | | | | | | | |
| HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾ | | | | | | | | | | |
| Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres | 30.9.1976 = 100 | 99,0 | 101,2 | 102,8 | . | . | . | 106,6 | . | . |
| Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Vj.-D 1976 = 100 | 150,5 | 159,2 | 163,4 | . | . | . | 200,8 | . | . |

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

| | | 1988 | 1989 | 1989 | | | 1990 | | | |
|---|----------------------|-------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | Monats- durchschnitt | Sept. | Okt. | Nov. | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | |
| BAUTÄTIGKEIT | | | | | | | | | | |
| BAUGENEHMIGUNGEN | | | | | | | | | | |
| Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude) | Anzahl | 435 | 440 | 422 | 492 | 372 | 509 | 495 | 508 | 418 |
| darunter mit | | | | | | | | | | |
| 1 Wohnung | Anzahl | 386 | 373 | 351 | 418 | 312 | 395 | 403 | 422 | 303 |
| 2 Wohnungen | Anzahl | 33 | 40 | 38 | 37 | 38 | 59 | 53 | 45 | 42 |
| Rauminhalt | 1 000 m ³ | 319 | 353 | 336 | 394 | 297 | 501 | 520 | 503 | 420 |
| Wohnfläche | 1 000 m ² | 56 | 63 | 62 | 71 | 55 | 91 | 93 | 92 | 79 |
| Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude) | Anzahl | 112 | 113 | 114 | 128 | 101 | 150 | 132 | 124 | 91 |
| Rauminhalt | 1 000 m ³ | 515 | 557 | 864 | 520 | 407 | 626 | 576 | 612 | 568 |
| Nutzfläche | 1 000 m ² | 86 | 90 | 125 | 98 | 73 | 105 | 104 | 98 | 81 |
| Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) | Anzahl | 634 | 730 | 754 | 836 | 677 | 1 396 | 1 299 | 1 204 | 1 101 |
| HANDEL UND GASTGEWERBE | | | | | | | | | | |
| AUSFUHR | | | | | | | | | | |
| Ausfuhr insgesamt | Mill. DM | 923,9 | 1 046,3 | 998,3 | 1 171,3 | 1 026,9 | 968,0 | 760,5 | ... | ... |
| davon Güter der Ernährungswirtschaft | Mill. DM | 150,8 | 184,9 | 178,4 | 218,7 | 175,9 | 150,5 | 109,7 | ... | ... |
| gewerblichen Wirtschaft | Mill. DM | 773,2 | 861,4 | 819,9 | 952,5 | 851,0 | 817,5 | 650,8 | ... | ... |
| davon Rohstoffe | Mill. DM | 13,2 | 16,2 | 14,0 | 21,2 | 17,8 | 11,7 | 13,2 | ... | ... |
| Halbwaren | Mill. DM | 54,8 | 64,6 | 59,6 | 68,3 | 72,3 | 63,1 | 56,7 | ... | ... |
| Fertigwaren | Mill. DM | 705,2 | 780,6 | 746,3 | 863,1 | 760,9 | 742,7 | 580,9 | ... | ... |
| davon Vorerzeugnisse | Mill. DM | 124,0 | 125,7 | 119,5 | 134,8 | 135,9 | 123,6 | 106,4 | ... | ... |
| Enderzeugnisse | Mill. DM | 581,2 | 654,9 | 626,7 | 728,3 | 625,0 | 619,1 | 474,5 | ... | ... |
| nach ausgewählten Verbrauchsländern | | | | | | | | | | |
| EG-Länder | Mill. DM | 457,6 | 514,1 | 485,5 | 559,8 | 577,2 | 512,8 | 431,8 | ... | ... |
| darunter Niederlande | Mill. DM | 85,9 | 104,7 | 94,3 | 127,0 | 131,3 | 101,6 | 82,1 | ... | ... |
| Frankreich | Mill. DM | 83,3 | 93,4 | 90,7 | 90,9 | 103,8 | 98,4 | 64,4 | ... | ... |
| Vereinigtes Königreich | Mill. DM | 78,9 | 84,5 | 76,6 | 99,9 | 91,5 | 77,7 | 58,8 | ... | ... |
| Dänemark | Mill. DM | 77,5 | 74,5 | 77,2 | 85,7 | 76,6 | 82,9 | 95,8 | ... | ... |
| EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl) | 1986 = 100 | 110,2 | p 116,2 | p 111,8 | p 116,3 | p 124,8 | p 138,8 | p 123,4 | p 136,9 | ... |
| GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl) | 1986 = 100 | 106,9 | p 111,3 | p 128,2 | p 104,6 | p 87,8 | p 168,3 | p 134,1 | p 114,1 | ... |
| FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen) | | | | | | | | | | |
| Ankünfte | 1 000 | 266 | 287 | 381 | 307 | 180 | p 500 | p 416 | p 348 | ... |
| darunter von Auslandsgästen | 1 000 | 32 | 37 | 40 | 34 | 28 | p 69 | p 46 | p 40 | ... |
| Übernachtungen | 1 000 | 1 432 | 1 471 | 2 002 | 1 340 | 634 | p 3 253 | p 2 217 | p 1 544 | ... |
| darunter von Auslandsgästen | 1 000 | 60 | 72 | 77 | 70 | 55 | p 131 | p 92 | p 78 | ... |
| VERKEHR | | | | | | | | | | |
| SEESCHIFFFAHRT¹⁾ | | | | | | | | | | |
| Güterempfang | 1 000 t | 1 450 | 1 490 | 1 620 | 1 755 | 1 690 | ... | ... | ... | ... |
| Güterversand | 1 000 t | 880 | 920 | 899 | 954 | 909 | ... | ... | ... | ... |
| BINNENSCHIFFFAHRT | | | | | | | | | | |
| Güterempfang | 1 000 t | 147 | 136 | 163 | 182 | 165 | 129 | 136 | 143 | ... |
| Güterversand | 1 000 t | 163 | 158 | 166 | 184 | 194 | 181 | 145 | 159 | ... |
| ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾ | | | | | | | | | | |
| darunter Krafträder | Anzahl | 10 000 | 9 987 | 8 521 | 9 920 | 8 975 | 10 626 | 9 533 | ... | ... |
| Personenkraftwagen ³⁾ | Anzahl | 239 | 258 | 114 | 77 | 32 | 241 | 153 | ... | ... |
| Lastkraftwagen | Anzahl | 9 044 | 8 970 | 7 695 | 9 148 | 8 246 | 9 462 | 8 534 | ... | ... |
| (einschließlich mit Spezialaufbau) | Anzahl | 437 | 467 | 437 | 472 | 468 | 588 | 539 | ... | ... |
| STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE | | | | | | | | | | |
| Unfälle mit Personenschaden | Anzahl | 1 426 | 1 399 | 1 437 | 1 526 | 1 362 | 1 780 | 1 576 | p 1 332 | p 1 389 |
| Getötete Personen | Anzahl | 31 | 29 | 31 | 33 | 30 | 33 | 38 | p 17 | p 43 |
| Verletzte Personen | Anzahl | 1 832 | 1 802 | 1 821 | 1 977 | 1 746 | 2 333 | 2 112 | p 1 642 | p 1 749 |

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

| | | 1988 | 1989 | 1989 | | | 1990 | | | | |
|---|----------|--------------------------------|---------|---------------------------------------|-----------|--------|--------|-----------|--------|--------|------|
| | | | | Monats- durchschnitt ¹⁾ | Sept. | Okt. | Nov. | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. |
| GELD UND KREDIT | | | | | | | | | | | |
| KREDITE UND EINLAGEN²⁾ | | | | | | | | | | | |
| Kredite ³⁾ an Nichtbanken (insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) | Mill. DM | 77 967 | 80 020 | 79 684 | 79 700 | 80 108 | 80 053 | 81 419 | 81 811 | 82 214 | |
| darunter | | | | | | | | | | | |
| Kredite 3) an inländische Nichtbanken | Mill. DM | 76 574 | 78 780 | 78 286 | 78 357 | 78 730 | 79 453 | 79 797 | 80 166 | 80 492 | |
| kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr) | Mill. DM | 8 933 | 9 784 | 9 651 | 9 540 | 9 644 | 10 000 | 10 408 | 10 356 | 10 213 | |
| an Unternehmen und Privatpersonen | Mill. DM | 8 742 | 9 336 | 9 421 | 9 370 | 9 354 | 9 808 | 10 181 | 10 163 | 10 118 | |
| an öffentliche Haushalte | Mill. DM | 191 | 448 | 231 | 170 | 290 | 192 | 227 | 193 | 95 | |
| mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) | Mill. DM | 4 225 | 4 157 | 4 180 | 4 120 | 4 138 | 4 364 | 4 330 | 4 329 | 4 465 | |
| an Unternehmen und Privatpersonen | Mill. DM | 3 525 | 3 636 | 3 696 | 3 626 | 3 634 | 3 682 | 3 649 | 3 654 | 3 695 | |
| an öffentliche Haushalte | Mill. DM | 701 | 521 | 484 | 494 | 504 | 682 | 682 | 675 | 771 | |
| langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre) | Mill. DM | 63 416 | 64 839 | 64 455 | 64 697 | 64 946 | 65 089 | 65 058 | 65 481 | 65 814 | |
| an Unternehmen und Privatpersonen | Mill. DM | 46 583 | 48 165 | 47 814 | 48 022 | 48 356 | 48 982 | 49 967 | 49 161 | 49 352 | |
| an öffentliche Haushalte | Mill. DM | 16 832 | 16 674 | 16 641 | 16 675 | 16 590 | 16 107 | 16 091 | 16 319 | 16 461 | |
| Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) | Mill. DM | 57 188 | 60 676 | 58 502 | 58 981 | 59 895 | 61 951 | 61 996 | 62 493 | 63 470 | |
| Sichteinlagen und Termingelder | Mill. DM | 36 452 | 40 596 | 38 732 | 39 304 | 40 342 | 43 085 | 43 078 | 43 623 | 44 638 | |
| von Unternehmen und Privatpersonen | Mill. DM | 28 834 | 32 511 | 31 009 | 31 388 | 32 340 | 34 936 | 35 016 | 35 452 | 36 407 | |
| von öffentlichen Haushalten | Mill. DM | 7 618 | 8 086 | 7 723 | 7 916 | 8 001 | 8 149 | 8 063 | 8 171 | 8 231 | |
| Spareinlagen | Mill. DM | 20 736 | 20 080 | 19 770 | 19 678 | 19 554 | 18 866 | 18 918 | 18 870 | 18 832 | |
| bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen) | Mill. DM | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich | Mill. DM | 1 095 | 4 103 | 3 355 | . | . | . | ... | . | . | |
| Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj. | Mill. DM | 1 074 | 3 786 | 3 578 | . | . | . | ... | . | . | |
| ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN | | | | | | | | | | | |
| Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte) | Anzahl | r 53 | 59 | 49 | 79 | 54 | 51 | 55 | 44 | 34 | |
| Vergleichsverfahren | Anzahl | r - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Wechselproteste (ohne die bei der Post) | Anzahl | 156 | 142 | 129 | 161 | 145 | 151 | 119 | ... | ... | |
| Wechselsumme | Mill. DM | 1,1 | 1,0 | 1,2 | 1,0 | 1,1 | 1,3 | 1,3 | ... | ... | |
| STEUERN | | | | | | | | | | | |
| STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART | | | | | | | | | | | |
| | | Vierteljahres- durchschnitt | | | 3. Vj. 89 | | | 3. Vj. 90 | | | |
| Gemeinschaftssteuern | Mill. DM | 2 883,2 | 3 099,1 | 3 030,7 | - | - | - | 2 785,1 | - | - | |
| Steuern vom Einkommen | Mill. DM | 2 016,4 | 2 178,7 | 2 157,4 | - | - | - | 1 858,4 | - | - | |
| Lohnsteuer 4) | Mill. DM | 1 466,4 | 1 574,5 | 1 569,4 | - | - | - | 1 514,6 | - | - | |
| Veranlagte Einkommensteuer | Mill. DM | 303,6 | 349,4 | 383,1 | - | - | - | 306,0 | - | - | |
| nichtveranlagte Steuern vom Ertrag | Mill. DM | 45,2 | 71,6 | 51,4 | - | - | - | 47,7 | - | - | |
| Körperschaftsteuer 4) | Mill. DM | 201,3 | 183,3 | 153,5 | - | - | - | 9,9 | - | - | |
| Steuern vom Umsatz | Mill. DM | 866,8 | 920,3 | 873,3 | - | - | - | 926,7 | - | - | |
| Umsatzsteuer | Mill. DM | 503,0 | 519,2 | 472,5 | - | - | - | 626,2 | - | - | |
| Einfuhrumsatzsteuer | Mill. DM | 363,7 | 401,1 | 400,7 | - | - | - | 300,5 | - | - | |
| Bundessteuern | Mill. DM | 130,5 | 142,6 | 120,3 | - | - | - | 47,7 | - | - | |
| Zölle | Mill. DM | 0,1 | 0,0 | - | - | - | - | - | - | - | |
| Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer) | Mill. DM | 115,0 | 122,8 | 106,9 | - | - | - | 33,1 | - | - | |
| Landessteuern | Mill. DM | 192,9 | 212,2 | 216,8 | - | - | - | 188,1 | - | - | |
| Vermögensteuer | Mill. DM | 34,8 | 35,8 | 34,4 | - | - | - | 35,0 | - | - | |
| Kraftfahrzeugsteuer | Mill. DM | 80,8 | 92,1 | 95,1 | - | - | - | 70,5 | - | - | |
| Biersteuer | Mill. DM | 6,9 | 6,9 | 8,1 | - | - | - | 9,0 | - | - | |
| Gemeindesteuern | Mill. DM | 308,7 | 334,0 | 363,0 | - | - | - | 377,6 | - | - | |
| Grundsteuer A | Mill. DM | 7,8 | 7,8 | 8,1 | - | - | - | 8,1 | - | - | |
| Grundsteuer B | Mill. DM | 71,4 | 76,9 | 90,4 | - | - | - | 91,4 | - | - | |
| Gewerbesteuer | Mill. DM | 220,9 | 238,0 | 251,9 | - | - | - | 263,1 | - | - | |
| nach Ertrag und Kapital (brutto) | | | | | | | | | | | |
| STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN | | | | | | | | | | | |
| Steuereinnahmen des Bundes | Mill. DM | 1 488,0 | 1 620,0 | 1 597,4 | - | - | - | 1 466,0 | - | - | |
| Anteil an den Steuern vom Einkommen | Mill. DM | 776,4 | 860,0 | 890,4 | - | - | - | 797,6 | - | - | |
| Anteil an den Steuern vom Umsatz | Mill. DM | 563,4 | 598,2 | 567,6 | - | - | - | 602,4 | - | - | |
| Anteil an der Gewerbesteuerumlage | Mill. DM | 17,7 | 19,3 | 19,1 | - | - | - | 18,3 | - | - | |
| Steuereinnahmen des Landes | Mill. DM | 1 638,5 | 1 734,2 | 1 666,5 | - | - | - | 1 642,3 | - | - | |
| Anteil an den Steuern vom Einkommen | Mill. DM | 945,7 | 998,8 | 937,0 | - | - | - | 754,2 | - | - | |
| Anteil an den Steuern vom Umsatz | Mill. DM | 482,2 | 503,9 | 493,6 | - | - | - | 681,8 | - | - | |
| Anteil an der Gewerbesteuerumlage | Mill. DM | 17,7 | 19,3 | 19,1 | - | - | - | 18,3 | - | - | |
| Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände | Mill. DM | 557,7 | 611,2 | 603,7 | - | - | - | 601,3 | - | - | |
| Gewerbesteuer | Mill. DM | 185,5 | 199,4 | 213,8 | - | - | - | 226,5 | - | - | |
| nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾ | | | | | | | | | | | |
| Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer | Mill. DM | 284,4 | 315,8 | 278,9 | - | - | - | 260,3 | - | - | |

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

| | 1988 | 1989 | 1989 | | | 1990 | | | | |
|--|---------|---------|-------------------------|---------|---------|--------|--------|-------|---------|------|
| | | | Monats- durchschnitt | Sept. | Oktober | Nov. | Aug. | Sept. | Oktober | Nov. |
| PREISE | | | | | | | | | | |
| PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET*) 1985 = 100 | | | | | | | | | | |
| Einfuhrpreise | 80,8 | 84,4 | 84,5 | 84,1 | 83,4 | 81,9 | 83,9 | ... | ... | |
| Ausfuhrpreise | 99,3 | 102,1 | 102,4 | 102,3 | 102,0 | 102,3 | 102,5 | ... | ... | |
| Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100 | 102,2 | 107,7 | 108,5 | 108,1 | 107,3 | 105,7 | 107,9 | ... | ... | |
| Erzeugerpreise | | | | | | | | | | |
| gewerblicher Produkte ⁶⁾ | 96,3 | 99,3 | 99,6 | 100,1 | 100,0 | 101,3 | 101,7 | ... | ... | |
| landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ | 91,8 | 99,8 | 105,3 | 102,9 | 101,3 | p 93,8 | p 92,8 | ... | ... | |
| Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100 | 121,2 | 125,5 | . | . | 127,1 | 134,7 | . | . | ... | |
| Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6) | 91,4 | 96,4 | 97,4 | 96,4 | 96,1 | 94,9 | 94,3 | ... | ... | |
| Einzelhandelspreise 1980 = 100 | 118,5 | 121,1 | 121,2 | 121,5 | 121,7 | 123,8 | 124,1 | 125,0 | 124,8 | |
| Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte | 101,4 | 104,2 | 104,4 | 104,7 | 104,9 | 107,1 | 107,5 | 108,2 | 108,0 | |
| darunter für | | | | | | | | | | |
| Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren | 100,3 | 102,6 | 102,4 | 102,8 | 103,1 | 105,6 | 105,3 | 105,5 | 105,6 | |
| Bekleidung, Schuhe | 104,5 | 106,0 | 106,2 | 106,5 | 106,5 | 107,4 | 107,8 | 108,1 | 108,6 | |
| Wohnungsmieten | 105,6 | 108,8 | 109,4 | 109,6 | 109,9 | 113,1 | 113,4 | 113,6 | 113,9 | |
| Energie (ohne Kraftstoffe) | 78,1 | 82,0 | 82,7 | 83,6 | 83,9 | 85,9 | 87,0 | 90,8 | 89,0 | |
| Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung | 103,3 | 104,9 | 105,4 | 105,6 | 105,7 | 107,6 | 107,7 | 108,1 | 108,2 | |
| LÖHNE UND GEHÄLTER | | | | | | | | | | |
| - Effektivverdienste in DM - | | | | | | | | | | |
| ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU | | | | | | | | | | |
| Bruttowochenverdienste | | | | | | | | | | |
| männliche Arbeiter | 764 | 786 | . | 797 | . | . | . | ... | . | |
| darunter Facharbeiter | 798 | 827 | . | 838 | . | . | . | ... | . | |
| weibliche Arbeiter | 536 | 552 | . | 553 | . | . | . | ... | . | |
| darunter Hilfsarbeiter | 508 | 526 | . | 527 | . | . | . | ... | . | |
| Bruttostundenverdienste | | | | | | | | | | |
| männliche Arbeiter | 18,78 | 19,44 | . | 19,61 | . | . | . | ... | . | |
| darunter Facharbeiter | 19,71 | 20,49 | . | 20,66 | . | . | . | ... | . | |
| weibliche Arbeiter | 13,62 | 14,07 | . | 14,14 | . | . | . | ... | . | |
| darunter Hilfsarbeiter | 12,90 | 13,34 | . | 13,39 | . | . | . | ... | . | |
| Bezahlte Wochenarbeitszeit | | | | | | | | | | |
| männliche Arbeiter (Stunden) | 40,6 | 40,4 | . | 40,6 | . | . | . | ... | . | |
| weibliche Arbeiter (Stunden) | 39,3 | 39,2 | . | 39,1 | . | . | . | ... | . | |
| ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE | | | | | | | | | | |
| in Industrie und Hoch- und Tiefbau | | | | | | | | | | |
| Kaufmännische Angestellte | | | | | | | | | | |
| männlich | 4 609 | 4 759 | . | 4 788 | . | . | . | ... | . | |
| weiblich | 3 159 | 3 285 | . | 3 318 | . | . | . | ... | . | |
| Technische Angestellte | | | | | | | | | | |
| männlich | 4 699 | 4 849 | . | 4 904 | . | . | . | ... | . | |
| weiblich | 3 075 | 3 217 | . | 3 255 | . | . | . | ... | . | |
| in Handel, Kredit und Versicherungen | | | | | | | | | | |
| Kaufmännische Angestellte | | | | | | | | | | |
| männlich | 3 690 | 3 831 | . | 3 863 | . | . | . | ... | . | |
| weiblich | 2 529 | 2 634 | . | 2 659 | . | . | . | ... | . | |
| Technische Angestellte | | | | | | | | | | |
| männlich | 3 648 | 3 772 | . | 3 795 | . | . | . | ... | . | |
| weiblich | (2 578) | (2 653) | . | (2 677) | . | . | . | ... | . | |
| in Industrie und Handel zusammen | | | | | | | | | | |
| Kaufmännische Angestellte | | | | | | | | | | |
| männlich | 3 986 | 4 126 | . | 4 159 | . | . | . | ... | . | |
| weiblich | 2 708 | 2 823 | . | 2 850 | . | . | . | ... | . | |
| Technische Angestellte | | | | | | | | | | |
| männlich | 4 631 | 4 779 | . | 4 832 | . | . | . | ... | . | |
| weiblich | 3 064 | 3 205 | . | 3 244 | . | . | . | ... | . | |

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

| KREISFREIE STADT Kreis | Bevölkerung am 28. 2. 1990 | | | Bevölkerungsveränderung im Februar 1990 | | | Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1990 (vorläufige Zahlen) | | |
|---------------------------|----------------------------|-----------------------|------------------------|---|---|--|---|------------------------|-----------|
| | insgesamt | Veränderung gegenüber | | Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-) | Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-) | Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-) | Unfälle | Getötete ²⁾ | Verletzte |
| | | Vormonat | Vorjahres- monat 1) | | | | | | |
| FLensburg | 86 861 | + 0,2 | + 1,1 | 1 | 160 | 161 | 20 | - | 24 |
| KIEL | 244 033 | + 0,2 | + 1,3 | - 61 | 440 | 379 | 157 | - | 192 |
| LÜBECK | 213 621 | + 0,2 | + 1,5 | - 72 | 445 | 373 | 121 | 1 | 138 |
| NEUMÜNSTER | 80 373 | + 0,1 | + 1,1 | - 4 | 97 | 93 | 46 | - | 56 |
| Dithmarschen | 128 451 | + 0,2 | + 1,3 | - 34 | 254 | 220 | 70 | 4 | 88 |
| Hzgt. Lauenburg | 157 735 | + 0,3 | + 2,0 | - 24 | 551 | 527 | 80 | 3 | 113 |
| Nordfriesland | 151 580 | + 0,2 | + 1,4 | 38 | 267 | 305 | 81 | 4 | 98 |
| Ostholstein | 187 940 | + 0,3 | + 2,2 | - 38 | 559 | 521 | 73 | 5 | 83 |
| Pinneberg | 266 450 | + 0,1 | + 1,4 | - 9 | 340 | 331 | 150 | 2 | 181 |
| Plön | 119 588 | + 0,9 | + 2,5 | 6 | 1 011 | 1 017 | 56 | 2 | 77 |
| Rendsburg-Eckernförde | 245 472 | + 0,2 | + 1,1 | 32 | 378 | 410 | 128 | 3 | 179 |
| Schleswig-Flensburg | 179 175 | + 0,1 | + 1,4 | 25 | 156 | 181 | 64 | 6 | 91 |
| Segeberg | 218 348 | + 0,2 | + 1,7 | 16 | 332 | 348 | 162 | 9 | 207 |
| Steinburg | 127 648 | + 0,3 | + 1,3 | 13 | 310 | 323 | 67 | 1 | 80 |
| Stormarn | 197 175 | + 0,1 | + 1,4 | - 16 | 310 | 294 | 114 | 3 | 142 |
| Schleswig-Holstein | 2 604 450 | + 0,2 | + 1,5 | - 127 | 5 610 | 5 483 | 1 389 | 43 | 1 749 |

| KREISFREIE STADT Kreis | Verarbeitendes Gewerbe ³⁾ | | | Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1990 | | |
|---------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|---|---|-------------------|-------------------------------------|
| | Betriebe am 30. 11. 1990 | Beschäftigte am 30. 11. 1990 | Umsatz ⁴⁾ im November 1990 Mill. DM | insgesamt | Pkw ⁶⁾ | |
| | | | | | Anzahl | je 1 000 Einwohner ⁷⁾ |
| FLensburg | 68 | 9 319 | 268 | 40 343 | 36 147 | 416 |
| KIEL | 131 | 22 712 | 473 | 113 134 | 101 193 | 415 |
| LÜBECK | 140 | 21 836 | 423 | 96 397 | 86 406 | 404 |
| NEUMÜNSTER | 75 | 10 699 | 140 | 40 773 | 36 286 | 451 |
| Dithmarschen | 68 | 7 237 | 392 | 76 445 | 62 441 | 486 |
| Hzgt. Lauenburg | 104 | 9 110 | 157 | 92 788 | 80 575 | 511 |
| Nordfriesland | 60 | 3 518 | 97 | 92 059 | 75 517 | 498 |
| Ostholstein | 81 | 6 568 | 155 | 105 276 | 90 903 | 484 |
| Pinneberg | 191 | 21 703 | 538 | 150 468 | 131 648 | 494 |
| Plön | 45 | 3 011 | 62 | 68 494 | 58 274 | 487 |
| Rendsburg-Eckernförde | 125 | 10 672 | 264 | 144 339 | 121 991 | 497 |
| Schleswig-Flensburg | 79 | 5 435 | 148 | 107 920 | 88 344 | 493 |
| Segeberg | 190 | 20 048 | 507 | 143 183 | 123 340 | 565 |
| Steinburg | 81 | 9 523 | 260 | 75 252 | 62 410 | 489 |
| Stormarn | 169 | 19 854 | 525 | 120 628 | 106 427 | 540 |
| Schleswig-Holstein | 1 607 | 181 245 | 4 411 | 1 467 499 | 1 261 902 | 485 |

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 28. 2. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

| Land | Bevölkerung am 31. 12. 1989 | | | Arbeitsmarkt | | | *Viehbestände | | |
|---------------------|--------------------------------|--------------------------|---------------------|-----------------------------------|---|--------------------------------------|---|------------------------|-----------|
| | in 1 000 | Veränderung gegenüber | | Arbeitslose am 30. 11. 1990 | Kurzarbeiter Monatsmitte November 1990 | offene Stellen 30. 11. 1990 | Schweine insgesamt am 3. 8. 1990 | Rindvieh am 3. 6. 1990 | |
| | | VZ 1987 | Vorjahres- stand | | | | | insgesamt | Milchkühe |
| | | in % | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 2 594,6 | + 1,6 | + 1,2 | 83,5 | 1,3 | 8,1 | 1 497 | 1 504 | 437 |
| Hamburg | 1 626,2 | + 2,1 | + 1,4 | 66,8 | 0,7 | 7,6 | 5 | 12 | 2 |
| Niedersachsen | 7 283,8 | + 1,7 | + 1,4 | 245,8 | 4,9 | 23,5 | 7 233 | 3 341 | 939 |
| Bremen | 673,7 | + 2,1 | + 1,8 | 34,4 | 0,7 | 3,9 | 8 | 23 | 4 |
| Nordrhein-Westfalen | 17 103,6 | + 2,3 | + 1,4 | 569,5 | 10,6 | 63,6 | 6 193 | 1 918 | 522 |
| Hessen | 5 660,6 | + 2,8 | + 1,6 | 120,7 | 2,8 | 23,1 | 1 116 | 732 | 238 |
| Rheinland-Pfalz | 3 701,7 | + 2,0 | + 1,3 | 80,7 | 4,4 | 13,5 | 537 | 554 | 186 |
| Baden-Württemberg | 9 618,7 | + 3,6 | + 2,0 | 158,0 | 8,2 | 72,0 | 2 251 | 1 599 | 592 |
| Bayern | 11 220,7 | + 2,9 | + 1,6 | 203,3 | 10,2 | 68,6 | 3 845 | 4 912 | 1 834 |
| Saarland | 1 064,9 | + 0,9 | + 1,0 | 35,8 | 2,9 | 3,6 | 36 | 68 | 22 |
| Berlin (West) | 2 130,5 | + 5,9 | + 3,0 | 86,6 | 2,3 | 7,6 | 3 | 1 | 0 |
| Bundesgebiet | 62 679,0 | + 2,6 | + 1,6 | 1 685,1 | 48,9 | 295,2 | 22 723 | 14 663 | 4 775 |

| Land | Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ | | | Bauhauptgewerbe ³⁾ | | | Wohnungswesen im Juli 1990 | | |
|---------------------|---|--|------------------------|--------------------------------|-------------------------------------|--------|--------------------------------------|--|--|
| | Beschäftigte am 31. 8. 1990 in 1 000 | Umsatz ²⁾ im August 1990 | | Beschäftigte am 31. 8. 1990 | | | zum Bau genehmigte Wohnungen | | |
| | | Mill. DM | Auslandsumsatz in % | in 1 000 | Je 1 000 Einwohner ⁴⁾ | Anzahl | Je 10 000 Einwohner ⁴⁾ | | |
| | | | | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 180 | 3 838 | 21 | 41 | 16 | 1 193 | 4,6 | | |
| Hamburg | 136 | 7 317 | 14 | 21 | 13 | 294 | 1,8 | | |
| Niedersachsen | 684 | 14 430 | 27 | 114 | 16 | 5 019 | 6,9 | | |
| Bremen | 83 | 2 222 | 34 | 11 | 16 | 182 | 2,7 | | |
| Nordrhein-Westfalen | 2 046 | 41 534 | 27 | 238 | 14 | 5 596 | 3,3 | | |
| Hessen | 663 | 11 792 | 27 | 91 | 16 | 3 212 | 5,7 | | |
| Rheinland-Pfalz | 391 | 8 515 | 34 | 61 | 16 | 2 421 | 6,5 | | |
| Baden-Württemberg | 1 538 | 24 670 | 29 | 171 | 18 | 8 444 | 8,8 | | |
| Bayern | 1 455 | 23 163 | 31 | 239 | 21 | 9 119 | 8,1 | | |
| Saarland | 142 | 2 276 | 33 | 17 | 16 | 510 | 4,8 | | |
| Berlin (West) | 174 | 4 796 | 11 | 36 | 17 | 1 049 | 4,9 | | |
| Bundesgebiet | 7 492 | 144 553 | 27 | 1 041 | 17 | 37 039 | 5,9 | | |

| Land | *Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1990 | | | Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im September 1990 | | | | Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 28. 2. 1990 in DM je Einw. 9) | Steuereinnahmen | | | | |
|---------------------|---|-------------------|-----------------------------|---|----------|-----------|--|--|-----------------|---------------|------------------|------------------------|--|
| | ins- gesamt in 1 000 | Pkw ⁶⁾ | | Unfälle | Getötete | Verletzte | Verun- glückte je 100 Unfälle | | des Landes | des Bundes | der Gemeinden | | |
| | | Anzahl | je 1 000 Einwohner 4) | | | | | | | | | im 2. Vierteljahr 1990 | |
| | | | | | | | | in DM je Einwohner ⁹⁾ | | | | | |
| Schleswig-Holstein | 1 467 | 1 262 | 486 | 1 576 | 38 | 2 112 | 136 | 7 636 | 631 | 508 | ... | | |
| Hamburg | 753 | 679 | 417 | 1 037 | 6 | 1 330 | 129 | 10 372 | 1 032 | 4 105 | ... | | |
| Niedersachsen | 4 160 | 3 554 | 488 | 3 810 | 109 | 5 062 | 136 | 9 133 | 629 | 554 | ... | | |
| Bremen | 311 | 280 | 416 | 339 | 2 | 394 | 117 | 10 580 | 697 | 1 266 | ... | | |
| Nordrhein-Westfalen | 9 106 | 8 118 | 475 | 7 272 | 131 | 9 368 | 131 | 9 847 | 728 | 1 252 | ... | | |
| Hessen | 3 414 | 969 | 525 | 2 566 | 63 | 3 427 | 136 | 11 537 | 795 | 952 | ... | | |
| Rheinland-Pfalz | 2 248 | 1 901 | 513 | 1 636 | 45 | 2 183 | 136 | 10 729 | 634 | 617 | ... | | |
| Baden-Württemberg | 5 798 | 4 919 | 511 | 4 095 | 127 | 5 423 | 136 | 11 991 | 760 | 894 | ... | | |
| Bayern | 6 928 | 5 667 | 505 | 5 491 | 155 | 7 655 | 142 | 12 226 | 704 | 744 | ... | | |
| Saarland | 612 | 543 | 510 | 490 | 10 | 638 | 132 | 9 787 | 626 | 643 | ... | | |
| Berlin (West) | 847 | 741 | 348 | 1 149 | 13 | 1 406 | 123 | 9 119 | 463 | 1 788 | ... | | |
| Bundesgebiet | 35 748 | 30 685 | 490 | 29 708 | 708 | 39 308 | 135 | 10 627 | 710 | 1 039 | ... | | |

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1989

5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- .
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≙ = entspricht

